

Wer hätte das gedacht? Leichtes Stirnrundeln gab es schon bei der Beschlussfassung zur UZ-Kampagne im DKP-Parteivorstand. Von den Ostermärschen im März bis zu den UZ-Friedenstag am vergangenen Wochenende wollten wir 1.000 neue Probeleserinnen und -leser gewinnen. Vor den Friedenstag waren es 901 – danach 1.008! Wir danken allen, die zu diesem großartigen Erfolg beigetragen haben – und wir hoffen, dass wir möglichst viele von unseren neuen Leserinnen und Lesern überzeugen können. Der Trend geht zum Voll-Abol!

Das war es. Die UZ-Friedenstage sind rum, der Kampf um den Frieden darf gerade erst losgegangen sein.

Mehr als 3.500 Menschen diskutierten und feierten von Freitag bis Sonntag im und um das ND-Gebäude – mehr hätten auch nicht gepasst. Vor der Bühne blieben Sitzplätze an allen drei Tagen rar, in den Sälen waren teilweise selbst Stehplätze knapp. Zuschauerinnen und Zuschauer verfolgten spannende Diskussionen oder die Matinee zum 75. Geburtstag der DDR noch von den Gängen aus.

Dazwischen flitzten Helfer von A nach B, drehte ein Social-Media-Team für die permanente Berichterstattung seine Runden und schleppten Filmemacher ihre Ausrüstung von einer aufzuzeichnenden Runde zur anderen.

Auf dem Platz und in den Räumen tummelten sich auch Fotografinnen und Fotografen, die die UZ-Friedenstage im Bild festgehalten haben. Danke, dass ihr uns eure Bilder – auch noch so schnell – zur Verfügung gestellt habt!

Einig waren sich Helferinnen, Besucher, Referentinnen und Künstler darin, dass es tolle Tage waren, diese UZ-Friedenstage. Dass sie Antworten gegeben haben auf drängendste Fragen, dass sie Kraft gegeben haben und Mut.

Das fanden wir auch und danken für den Einsatz, den Besuch und das viele Lob, das die Macherinnen und Macher der UZ-Friedenstage in den letzten Tagen erreicht hat.

Die Seitenaufteilung dieser Ausgabe von UZ ist etwas anders als in „normalen“ Ausgaben. Denn tolle UZ-Friedenstage verdienen auch eine breite Würdigung. Wir berichten und bedanken uns auf den

Seiten 3, 5, 7, 12, 13 und 16



unsere zeit

30. August 2024 · Nr. 35 · 56. Jahrgang

PVSt K 4956 D · Entgelt bezahlt · 2,80 €

Friedenskräfte sammeln sich

Das Nein zu neuen US-Raketen muss auf die Straße – Am Antikriegstag und am 3. Oktober

Die Mehrheit der Menschen in diesem Land will keine neuen US-Raketen auf deutschem Boden. Im Vorfeld der Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen hatte zuletzt der Mitteldeutsche Rundfunk danach gefragt. Demnach sprachen sich zwei Drittel der Befragten in ostdeutschen Bundesländern gegen die Raketenpläne der Bundesregierung aus. Sie fürchten ein neues Wettrennen und die Gefahr eines atomaren Schlachtfelds in Europa. Viele empört, dass es um die Stationierung keinerlei Debatte gab, sondern sie schlicht verkündet wurde.

Dieser Stimmung trägt das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) Rechnung. In einem Antrag vom 26. August fordert es den Bundestag auf, „ein Gesetz vorzulegen, um möglichst binnen sechs Monaten, spätestens aber parallel zur Bundestagswahl 2025 eine Volksbefragung zur Frage der US-Raketenstationierung in Deutschland durchzuführen“. Diese Forderung brachte der Friedensaktivist Reiner Braun auch auf den UZ-Friedenstag, die am vergangenen Wochenende in Berlin stattfanden, ein. Die USA verhielten sich angesichts des drohenden Hegemonieverlusts wie ein angestochener Tiger, so der ehemalige Leiter des Internationalen Friedensbüros. „Unsere Aufgabe ist es, alles für eine Volksabstimmung zu tun, um die US-Raketenstationierungen zu verhindern“, so Braun in seinem Grußwort auf der Hauptbühne.

Die UZ-Friedenstage der DKP in und um das ND-Gebäude am Berliner Ostbahnhof waren mit mehr als 3.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein großer Treffpunkt der außerparlamentarischen und Friedensbewegung. Einigkeit gab es bei allen, dass der Widerstand gegen die Kriegspolitik der

Bundesregierung auf die Straße muss – am Antikriegs- und Weltfriedenstag an diesem Sonntag und am 3. Oktober in Berlin. Für diesen Tag mobilisiert das

Bündnis „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“ zu einer Großdemonstration in der Hauptstadt. Braun gab den Teilnehmern der Friedenstage die Hausaufgabe auf, nicht nur selber daran teilzunehmen, sondern jeweils drei Freunde, Kollegen oder Nachbarn mitzubringen, die noch nie auf einer Friedensdemo waren.

Auch Lühr Henken, Ko-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, warnte auf der Hauptkundgebung der DKP-Veranstaltung am Samstagabend vehement vor der neuerlichen Provokation gegen Russland: „Die bilaterale Vereinbarung zwischen den Regierungen der USA und Deutschlands, ab 2026 auf US-Stützpunk-

ten in Süddeutschland US-amerikanische Mittelstreckenraketen SM-6 und Dark Eagle sowie Marschflugkörper des Typs Tomahawk in unbekannter Anzahl zu stationieren, muss alle Menschen in Deutschland und Europa in höchstem Maße besorgen und sie herausfordern, so laut es geht Alarm zu schlagen.“ Was als Abschreckung verkauft werde, erweise sich als strategische Offensivoption gegen Russland. Was als Entspannungsübung deklariert werde, vergrößere in unerhörtem Maße die Atomkriegsgefahr in Deutschland und Europa. Es drohe ein irreparables Desaster. „Die Bevölkerung muss zu mutigen, zahlreichen und vielfältigen Aktionen animiert werden. Es geht um unser aller Überleben“, so Henken, der ebenfalls zur Teilnahme an der bundesweiten Friedensdemonstration in Berlin am 3. Oktober aufrief.

Das Bündnis „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“ informierte am Dienstag, dass die Demonstration inzwischen von rund 1.500 Gruppen und Einzelpersonen unterstützt werde, darunter die DKP und auch das Forum DL21 – die Linke in der SPD. Aufrufe gibt es auch von Gliederungen der DGB-Gewerkschaften. Unter dem Titel „Wir müssen jetzt Gesicht zeigen“ ruft zum Beispiel der AK Internationalismus der Berliner IG Metall „alle Kolleginnen und Kollegen auf, sich öffentlich der Forderung nach Kriegstauglichkeit zu widersetzen“ und sich in die Demonstration einzureihen. Der Stadtverband „Die Linke“ Leipzig mobilisiert ebenfalls nach Berlin. Am 16. August hat er sich mit einem Antrag auch an den Parteivorstand der Linkspartei gewandt und diesen aufgefordert, die Demonstration zu unterstützen. Allein, eine Antwort gab es bisher nicht.

Wera Richter

Siehe Seiten 5 und 11



Die UZ-Friedenstage – ein Ort der Verständigung, aber auch einer zum Kraft tanken

Foto: Martina Lennartz

Wehrpflicht? Ohne uns!

Jugendbündnis gegen Militär- und Zwangsdienste gegründet

Gegen die schrittweise Wiedereinführung der Wehrpflicht und die zunehmende Militarisierung der Jugend hat sich ein bundesweites Bündnis gegründet. Es will am Antikriegs- und Weltfriedenstag an diesem Sonntag zum ersten Mal in Aktion treten. Das Bündnis „Wir sagen Nein zur Wehrpflicht“ wurde unter anderem von den Jugend- und Studierendenorganisationen SDAJ, DieLinke.SDS, Solid Berlin, der Internationalen Jugend und dem Studierendenkollektiv ins Leben gerufen. Weitere Gruppen, Migrantenorganisationen, Gewerkschaftsjugendstrukturen und Schülervertretungen wollen dazukommen.

Kriegsminister Boris Pistorius (SPD) hatte am 12. Juni die Pläne für einen „neuen Wehrdienst“ vorgestellt. In Zukunft werden alle 18-jährigen Männer verpflichtet, einen Fragebogen über ihre Bereitschaft und

ihre Fähigkeiten für den Dienst an der Waffe auszufüllen. Noch steht das Grundgesetz im Weg, um auch Frauen dazu zu verdonnern. Sie sind aber ebenso aufgerufen, die Bögen „freiwillig“ auszufüllen. Eine Regierung, die bis 2029 kriegsfähig sein will, braucht Kanonenfutter.

Im Gründungsauftrag des Bündnisses wird festgestellt: „Die Wehrpflicht wird uns ein Jahr unseres Lebens nehmen, über das wir nicht länger selbst entscheiden dürfen. Wir sollen in Kasernen zu Drill und Gehorsam erzogen und ‚kriegstüchtig‘ gemacht werden.“ Die Bundeswehr biete keine Perspektive für die Persönlichkeitsentwicklung. „Wir wollen stattdessen lernen, kritisch zu denken und uns für den Frieden einzusetzen. Wir wollen über unser Leben und unseren Körper selbst verfügen.“

Abgelehnt wird ebenso die Wiedereinführung von sozialen oder anderen

Ersatzdiensten für die Wehrpflicht, die in der Diskussion ist. Sie verbessere die Situation in den unterbesetzten Bereichen nicht, weil anstelle von qualifizierten Fachkräften Ungelernte eingestellt würden. Für Jugendliche bedeute das, als billige Arbeitskräfte und unter miesen Bedingungen zu arbeiten. Stattdessen gehe es um Entlastung durch mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und mehr zivile Ausbildungsplätze, so das Bündnis.

Die Jugendlichen wissen: „Jede Investition in die Aufrüstung ist eine Entscheidung gegen höhere Ausgaben für Bildung, Umweltschutz und Soziales und damit gegen unsere Bedürfnisse und Interessen. Es braucht mehr Geld für Soziales, Bildung und Gesundheit!“

WR

neinzurwehrpflicht.wordpress.com

Siehe Seite 9

Das macht Mut!

Die UZ-Friedenstage haben begeistert und waren ein voller Erfolg! Aber leider lässt sich ein solches Fest nicht ohne Spenden finanzieren. Wir verzichten ganz bewusst auf einen Eintrittspreis, damit niemand aus Geldmangel ausgeschlossen wird. Umso mehr haben wir uns über die vielen Zuwendungen vor und auf dem Fest gefreut. Und auch in den letzten Tagen erreichen uns noch Überweisungen, die wir zur finanziellen Sicherung dringend benötigen. Besonders freuen wir uns, wenn der Verwendungszweck der Überweisung für eine Botschaft an uns genutzt wird. So hat uns Gabriele B. mit ihrer Spende folgende Nachricht übermittelt: „Als Dank für das gute, Mut machende Friedensfest!“

Wir sagen: Danke! An Gabriele und alle anderen Spenderinnen und Spender!

Spendenkonto DKP-Parteivorstand
GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01
Verwendungszweck: UZ-Friedenstage
Weitere Optionen unter
dkp.de/spenden

Deal Breaker

Am 4. September soll die Hamburgische Bürgerschaft den Teilverkauf des Hamburger Hafens an die Reederei MSC beschließen. Gegen diese Entscheidung gibt es Widerstand, sowohl von Seiten der Hafen-Beschäftigten als auch von Bürgerinnen und Bürgern. Der NDR berichtete zudem am Mittwoch, dass sich auch innerhalb der SPD Protest gegen den Deal mit den Investoren regt.

Seit vergangener Woche läuft eine Aktionswoche der Gewerkschaft ver.di gegen den Verkauf. Für Samstag ist eine Demonstration geplant, die von den Landungsbrücken über den Rathausmarkt bis zur HHLA-Zentrale in der Hafencity führen soll.

SPD und Grüne hatten vor der parlamentarischen Sommerpause in erster Lesung für den Teilverkauf gestimmt. CDU, „Die Linke“ und AfD sorgten laut NDR dafür, dass die nun anstehende endgültige Abstimmung nicht mehr am selben Tag stattfinden konnte.

Hamburgs rot-grüner Senat will 49,9 Prozent der Anteile des Hafensbetreibers HHLA an die Reederei MSC verkaufen, 50,1 Prozent will die Stadt behalten. Bislang gehörten der Stadt Hamburg rund 70 Prozent der Anteile, der Rest befindet sich in Streubesitz. Die Reederei MSC plant, ihr Ladungsaufkommen an den HHLA-Terminals mit ihrem Einstieg zu erhöhen und bis 2031 auf eine Million Standardcontainer pro Jahr zu steigern.

Ein Offener Brief mit dem Titel „Sozialdemokrat:innen für die HHLA in öffentlicher Hand“ macht derweil die Runde. Er ist an die SPD-Abgeordneten in der Bürgerschaft gerichtet. Darin wird gefordert, dass diese den Vertrag mit MSC ablehnen und der Hafensbetreiber HHLA wieder vollständig in öffentliche Hand überführt wird. Wenn öffentliche Infrastruktur privatisiert werde, dann stärke das die private Monopolmacht, belaste die Staatskassen und verschlechtere die Lage der Beschäftigten, heißt es in dem Brief.

Häufiger krank

Laut Zahlen der Bertelsmann-Stiftung sind Beschäftigte in der Kinderbetreuung und -erziehung häufiger krank. Mit durchschnittlich knapp 30 Tagen lag die Anzahl der Krankschreibungen in dieser Berufsgruppe rund zehn Tage höher als der Schnitt aller Berufsgruppen. Zwischen 2021 und 2023 seien die krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeitstage des Kita-Personals zudem um rund 26 Prozent angestiegen.

Am häufigsten fielen Kita-Beschäftigte im Jahr 2023 laut Bertelsmann Stiftung aufgrund von Atemwegsinfektionen aus, auf Platz 2 folgen psychische Erkrankungen. Die Arbeitsunfähigkeitstage infolge psychischer Erkrankungen stiegen in den vergangenen Jahren zudem stark an und liegen deutlich höher als im Schnitt aller Berufsgruppen. Mit Blick auf die aktuellen Ausfallzeiten je Bundesland müssten bundesweit zusätzlich knapp 97.000 vollzeitbeschäftigte Fachkräfte eingestellt werden. Dies würde zusätzliche Personalkosten von rund 5,8 Milliarden Euro pro Jahr verursachen.

GEW-Vorstandsmitglied Doreen Siebner warnte jedoch davor, die Standards für pädagogische Qualifikationen zu senken, um die Personalnot zu kompensieren. In einigen westlichen Bundesländern gebe es Tendenzen, nicht ausreichend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Vertretungen einzusetzen. „Wenn unqualifiziertes Personal eingesetzt wird, erfordert das die zusätzliche Anleitung und Unterstützung durch Fachkräfte. Das erhöht deren Arbeitslast weiter und beeinflusst die Qualität der Betreuung negativ“, so Siebner.

Vorerst gerettet?

Meyer Werft: Durchatmen in Papenburg und Umgebung

Seit Tagen berichteten die lokalen und regionalen Medien häppchenweise über die Rettung der Werft, während die Werft- und Gewerkschaftsvertreter sowie Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker hinter verschlossenen Türen über die Zukunft des Schiffbauers und das Schicksal von 3.000 Beschäftigten bei Meyer und weiteren 15.000 bei Zulieferfirmen berieten.

Zuerst drang an die Öffentlichkeit, dass die Meyer Holding ihren Sitz von Luxemburg in die BRD zurückverlegt und voraussichtlich ab dem 31. August ihren gesamten Werft- und Geschäftsbetrieb auf ihre Muttergesellschaft Meyer Neptun GmbH mit vorläufigem Sitz in Rostock übertragen wird. Der Sitz soll dann möglichst schnell nach Papenburg verlegt werden.

„Damit wird nun – wie mit dem Betriebsrat der Meyer Werft und der IG Metall vereinbart – die Mitbestimmung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestärkt, indem die rechtliche Basis für einen Konzernbetriebsrat und einen mitbestimmten Aufsichtsrat geschaffen wird“, heißt es in einer Pressemitteilung der Werft. Meyer hatte 2015 unter anderem den Sitz nach Luxemburg verlegt, um einen Aufsichtsrat zu verhindern.

Bis zu diesem Zeitpunkt gab es ein „Stillhalteabkommen“ mit der IG Metall und dem Betriebsrat, das den Verzicht auf dieses Gremium implizierte, wie es der damalige Geschäftsführer Kruse gegenüber der Presse süffisant ausdrückte. Als Anfang 2015 der neu gewählte Betriebsratsvorsitzende Ibrahim Ergin und die IG Metall die Forderung nach einem Aufsichtsrat und besserer Mitbestimmung offensiv vertraten, reagierte Firmenchef Bernard Meyer mit harten Bandagen. Er verlegte den Hauptsitz der Meyer Holding nach Luxemburg und startete eine Kampagne gegen Ergin, dem man vorwarf, er habe Auszubildende zum Eintritt in die IGM genötigt. Dabei holte sich Meyer unter anderem juristische Hilfe bei dem berüchtigten „Betriebsrätefresser“ Helmut Naujoks,



Die „Disney Wish“ wurde 2022 vom Stapel gelassen.

der mehrfach auf dem Werftgelände gesehen wurde.

Die Auseinandersetzung endete mit einem Vergleich, der die Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit dem Betriebsratsvorsitzenden beinhaltet. Der einst familiäre Ton zwischen Werftleitung und Betriebsrat ist seit diesem Zeitpunkt eher frostig geworden. Jetzt muss Meyer um des Überlebens willen eine 180-Grad-Wende machen, um das Familienunternehmen vor der drohenden Insolvenz zu retten und den Beschäftigten Mitbestimmungsrechte einräumen, von denen er vor neun Jahren nie geträumt hätte.

Am 11. August wurde bekanntgegeben, dass der Kreuzfahrtschiff Disney Cruise Line den Bau von vier neuen Schiffen zur Erweiterung der eigenen Flotte in Auftrag gegeben habe. Diese sollen zwischen 2027 und 2031 fertiggestellt werden, so dass die Werft ab 2027 vollkommen ausgelastet sein wird. Für die Jahre 2025/26 sieht die Auslastung

eher dünn aus und es wird vermutlich in einigen Bereichen zu Kurzarbeit kommen.

Am Donnerstag, den 22. August, nahmen Bundeskanzler Olaf Scholz und der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil an einer Betriebsversammlung auf der Werft teil, um den Beschäftigten mitzuteilen, dass Bund und Land bereit seien, zur Rettung des Unternehmens beizutragen. Weil warnte allerdings vor vorschneller Euphorie, da das vorgesehene Rettungspaket noch sowohl von den Banken als auch den Haushaltsausschüssen von Bund und Land sowie der EU-Kommission genehmigt werden muss. Konkrete Details nannten weder Scholz noch Weil.

Aus internen Kreisen wurde bekannt, dass Bund und Land mit einer Bürgerschaft in Höhe von jeweils 900 Millionen Euro eingreifen und für eine Erhöhung des Eigenkapitals um circa 400 Millionen Euro – und damit 80 bis 90 Prozent der Eigenanteile –

sorgen würden. Die Meyer Werft solle bis 2027 ein Staatskonzern bleiben, danach werde der Familie Meyer ein Rückkaufsrecht gewährt. Außerdem erhalte diese einen Sitz im Aufsichtsrat.

Um zu verhindern, dass der Standort in Turku/Finnland, der weiterhin im Besitz der Unternehmerfamilie bleibt, in Konkurrenz zu den Standorten in Papenburg und Rostock tritt, sollen alle drei Standorte zu einer Holding verschmolzen werden.

Bis Mitte September muss die Finanzierung der Werft beschlossen sein, ansonsten ist die Werft zahlungsunfähig. Die Beschäftigten können erst einmal durchatmen, aber die Sorge um die Arbeitsplätze bleibt, da geplant ist, über ein sogenanntes Freiwilligenprogramm 240 Arbeitsplätze abzubauen. Wenn dies bis Ende März 2025 nicht den gewünschten Effekt zeigt, wird es zu betriebsbedingten Kündigungen kommen.

Jan Boerma

Mit Verschlechterungen gegen Fachkräftemangel

Ifo-Institut befürwortet Rente mit 69 und Abschaffung des Ehegattensplittings

Der Fantasie neoliberaler Ideologen sind offenbar keine Grenzen gesetzt. Wenn sie es schon nicht schaffen, den Sozialabbau als etwas erscheinen zu lassen, das zum Wohle der Allgemeinheit geschieht, dann soll dieser doch zumindest alternativlos sein. Kein Argument ist ihnen zu abwegig und keine Begründung zu absurd, die seit Jahren praktizierte Umverteilung von unten nach oben mit einem wissenschaftlichen Anstrich zu legitimieren.

Wie sonst lassen sich die jüngsten Thesen des Ifo-Instituts erklären, dass höhere Rentenabschläge, längere Lebensarbeitszeiten sowie Kürzungen von Vorteilen für Eheleute bei Steuer und Krankenversicherung wirkungsvolle Mittel gegen den Fachkräftemangel seien? Nach Berechnungen des Münchener Wirtschaftsinstituts wäre es möglich, so zahlreiche Lohnabhängige zu längerer Berufstätigkeit zu bewegen. In der Summe würde dies einem Beschäftigungsgewinn von bis zu 1,2 Millionen Vollzeit-Äquivalenten entsprechen, heißt es in der von IHK München und Oberbayern in Auftrag gegebenen Studie.

Nimmt man die in der vergangenen Woche vorgestellten Ergebnisse für bare Münze, würde allein die Anhebung des Rentenalters von 67 auf 69 Jahre einen Gewinn von 473.000 Vollzeitjobs bedeuten. Eine Erhöhung der Abschläge bei dem vorzeitigen Ausstieg aus dem Arbeitsleben von aktuell 0,3 Prozent auf 0,5 Prozent pro Monat könnte mehr Beschäftigung im Umfang von knapp 180.000



Neoliberale Studien belegen: Kapitalismus ist alternativlos.

Vollzeitjobs zur Folge haben. Und die Abschaffung der „Rente mit 63“ würde einem Gewinn von 157.000 Vollzeitbeschäftigten entsprechen, so die Botschaft aus München.

Durch die Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung für Eheleute in der Pflege- und der gesetzlichen Krankenversicherung könnten laut Ifo-Institut ebenfalls „viele Menschen zu mehr oder längerer Berufstätigkeit bewegt werden“. Die Studie geht hier von etwa 150.000 Vollzeitstellen aus. Die Abschaffung des Ehegattensplittings hätte weitere 200.000 zusätzlichen Vollzeitstellen zur Folge.

So weit die graue Theorie. Nicht berücksichtigt wird bei den Berechnungen jedoch, dass der vielbeschwo-rene Fachkräftemangel nach Da-

ten der Agentur für Arbeit lediglich 36 von 140 Berufsgruppen betrifft. Dabei handelt es sich in der Regel um Branchen, die sich durch niedrige Einkommen, geringe Entwicklungschancen und hohe Arbeitsbelastungen auszeichnen. Aufgrund der dort vorherrschenden Arbeitsbedingungen schaffen es viele Beschäftigte schon jetzt nicht, bis zum aktuellen Renteneintrittsalter von 67 Jahren zu arbeiten – geschweige denn darüber hinaus. Daher hätten die vorgeschlagenen „Reformvorschläge“ in der Praxis sicher nicht die prognostizierten Beschäftigungseffekte zur Folge. Stattdessen würde durch die indirekten Rentenkürzungen Altersarmut weiter zunehmen. Bereits jetzt ist fast jeder Fünfte der gut 19 Millio-

nen Rentner in Deutschland armutsgefährdet.

Bekämpfung von Altersarmut und Schaffung von guten Arbeitsbedingungen gehört sicher nicht zum Markenkern des Ifo-Instituts und anderer wirtschaftsliberaler Akteure. In deren Fokus stehen die Interessen von Kapitalbesitzern und Aktionären. Einen besonders dreisten Beweis hierfür lieferte Finanzminister Christian Lindner in der vergangenen Woche. Während den Lohnabhängigen Sozialabbau und längere Lebensarbeitszeiten verordnet werden, schlug der FDP-Politiker vor, auf Gewinne aus Aktiengeschäften unter bestimmten Voraussetzungen keine Steuern mehr zu erheben. Aktuell werden auf Gewinne aus privaten Aktiengeschäften zum Leidwesen von Börsenspekulanten 25 Prozent Kapitalertragsteuer fällig.

„Ich will eine Spekulationsfrist bei Wertpapiergeschäften“, sagte der FDP-Vorsitzende den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. „So wie die Immobilie nach zehn Jahren steuerfrei veräußert werden kann, so wünsche ich mir das nach einem Zeitraum von zum Beispiel zwei bis drei Jahren auch bei Wertpapieren.“ So erscheint auch die zuvor von der Bundesregierung beschlossene „Aktienrente“ in einem ganz anderen Licht. Zumindest erklärt dies, warum neoliberale Denkfabriken das Zocken mit der Altersversicherung von Millionen Menschen als „sozialpolitische Großtat“ verkaufen.

Ulf Immelt

Ein ganz normaler Tag?

ThyssenKrupp: Stahlarbeiter wehren sich gegen Umbaupläne des Konzerns



Aktion von Stahlarbeitern beim Heimspiel des MSV Duisburg am 16. August 2024

Kein normaler Donnerstag wie jeder andere für die Beschäftigten von Thyssen Krupp. An den drei Standorten Dortmund, Bochum und Duisburg versammeln sich die Arbeiterinnen und Arbeiter der Schicht zu einer Informationsveranstaltung ihres Betriebsrats. So richtig viel zu informieren gibt es nicht, denn unter dem neuen Thyssen-Krupp-Chef Miguel López ist auch die Art und Weise der Kommunikation in der Mitbestimmung abgekühlt. Kälter werden sollen auch die Hochöfen, denn darum geht es: Der im Juni 2023 eingesetzte Vorstandsvorsitzende scheint einen heiklen Auftrag zu haben. López will die Stahlproduktion von circa 12 Millionen Tonnen im Jahr auf knapp 5 Millionen Tonnen drücken. Das würde drastische Einschnitte für rund 27.000 Beschäftigte in Duisburg und an fünf weiteren Stahlstandorten bedeuten. Viele von ihnen arbeiten schon in zweiter Generation hier und haben mehrere Entlassungswellen in ihrer Familie erlebt. Auf die Versprechungen des Konzerns, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird, vertraut hier keiner.

Gerüchte und Zahlen kursieren in der Belegschaft, offizielle Verlautbarungen und Pläne gibt es bisher keine. Auch deshalb musste die vom Betriebsrat einberufene Versammlung formell außerhalb der Tarifstrukturen geplant und durchgeführt werden – ohne Abbauplan herrscht Friedenspflicht. Dass dies kein Grund ist, sich aufhalten zu lassen, zeigten die Kolleginnen und

Kollegen von ThyssenKrupp am vergangenen Donnerstag. An mehreren Standorten wurden die Anlagen heruntergefahren, um an den Informationsveranstaltungen teilnehmen zu können. Wie wenig das den Standortverantwortlichen passte, zeigt sich daran, dass sie mit den Verantwortlichen Personalgespräche führen wollen. Die Kolleginnen und Kollegen werden dort nicht alleine auftauchen müssen – das haben die Belegschaften bereits angekündigt.

Wie die Chancen stehen, Arbeitsplätze und Standorte zu retten? Das liegt auch daran, wie hoch die Beteiligung der Belegschaften an Aktionen ist. Auf den einen oder anderen mag es beruhigend wirken, dass Vertreter von SPD und Grüne als Redner Hilfe und Unterstützung versprochen haben, doch verlassen sollte sich darauf niemand. Bittere Erfahrungen durften die Streikenden der Unikliniken in NRW machen, denen vor den Landtagswahlen einige Versprechungen gemacht wurden. Eingelöst wurde davon natürlich nichts. Auch der SPD-Verweis auf die Bedeutung des Stahls für die Ausrüstung lässt Alarmglocken läuten. Das ist alles andere als ein Signal für eine sichere Zukunft.

„Stahl ist Zukunft“ ist die Losung der Beschäftigten, nicht erst seit heute. Wie es um diese Zukunft bestellt ist, lässt sich allerdings weder für die Beschäftigten noch den Rest der Bevölkerung einfach erschließen. Der ökonomische Zwang auch durch den Kon-

kurrenzstahl auf dem „Weltmarkt“ ist real. Die Hoffnung auf Subventionen für den sogenannten „grünen Stahl“ ist trügerisch.

Für den Konzern zählt nicht das Produkt, welches produziert wird, sondern der Profit, der damit erzielt werden kann. Um den so hoch wie möglich zu halten ist jedes Mittel recht – von Entlassungen über Standortschließungen bis hin zur Deindustrialisierung ganzer Gebiete. Dass es keine Rolle spielt, was mit den Menschen und der Gesellschaft passiert, ist im Ruhrgebiet allgemein bekannt.

Weitere Standortschließungen wären der nächste Sargnagel für die Städte und Arbeiter in der Region. Weder Zufälligkeiten noch persönliche Charakterzüge der Verantwortlichen entscheiden über die Zukunft. Es sind die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise. Die Kapitalseite macht alles, damit die Profite hoch bleiben. Die Beschäftigten müssen sich zusammenschließen, um ihre Interessen dagegen zu verteidigen zu können. So gesehen war es doch ein ganz normaler Donnerstag.

Am 29. August (nach Redaktionsschluss) findet die nächste Vorstandssitzung von ThyssenKrupp statt. Dort soll erneut überlegt werden, wie die Profite hochgehalten werden können. Die Kolleginnen und Kollegen müssen auch diese Gelegenheit nutzen, um dem Vorstand klar zu machen, dass sie damit nicht durchkommen werden.

Benedict Kolbe

Arbeitskampf demokratisieren

UZ-Friedenstag: SDAJ-Runde zum Streikrecht

Eine auf Union-Busting spezialisierte Rechtsanwaltskanzlei erwirkt eine Einstweilige Verfügung gegen einen EVG-Streik – und die Gewerkschaft kuschelt, denn die Deutsche Bahn AG droht mit absurden Schadenersatzforderungen. Unikliniken in Nordrhein-Westfalen erkämpfen gerichtlich Notdienste, die besser besetzt sind als der reguläre Betrieb, wenn nicht gestreikt wird. Minister fordern öffentlich, das Streikrecht zu beschneiden, damit „kritische Infrastruktur“ auf dem Rücken der Beschäftigten am Laufen gehalten wird.

Das sind drei von so viel mehr Beispielen, die zeigen: Das Streikrecht, eine der schärfsten Waffen der Arbeiterklasse, steht unter Beschuss. Dabei gehört das deutsche Streikrecht bereits zu den restriktivsten Europas, wie ein Zuhörer anmerkt. Die SDAJ debattierte am Samstag auf den UZ-Friedenstag in Berlin darüber, wie das Streikrecht verteidigt werden kann. Referent Jurek aus Essen konnte dabei auf Erfahrungen zurückgreifen, die er selbst während des Entlastungsstreiks an Unikliniken in Nordrhein-Westfalen 2022 sammeln konnte.

Eingangs umriss Jurek, welchen Einschränkungen das Streikrecht in der BRD unterliegt: Nur Gewerkschaften dürfen streiken, Individuen nicht. Bestreikbar sind nur Forderungen, die tarifvertraglich regelbar sind – politische Forderungen also nicht, auch dann nicht, wenn sie Beschäftigte unmittelbar betreffen. Immerhin: Solidaritätsstreiks sind erlaubt. Beamte dürfen gar nicht streiken. Firmenchefs dürfen Beschäftigte aussperren und können unter bestimmten Umständen Schadenersatz fordern von Gewerkschaften oder Streikenden.

Darüber hinaus steht Kapitalbesitzern das ganze Instrumentarium des Union-Busting zur Verfügung, um Beschäftigte daran zu hindern, ihre Rechte wahrzunehmen. Etwa Versuche, Patienten medial gegen Beschäftigte von Krankenhäusern auszuspielen oder Fahrgäste gegen Eisenbahner. Oder durch die Belohnung von Streikbrechern, die unter Umständen juristisch angreifbar ist. Durch das Verzögern der Tarifverhandlungen, denn Streiken ist teuer für die

Beschäftigten. Durch das Hochziehen individueller Streikhindernisse: Die Anwerbung von Migranten, deren Aufenthaltstitel an die Beschäftigung geknüpft ist, die Befristung von Stellen, das Verwerten von Streiktage als Fehltag, um Auszubildende zu feuern. Und durch Schlichtung. Die Idee dahinter sei, dass ein unbeteiligter Dritter zwischen zwei Meinungen vermittele. Interessengegensätze allerdings könnten eben nicht durch eine „unabhängige“ Person aufgelöst werden. „Ist ein Schlichterspruch da, wird es schwieriger für Gewerkschaften.“

Wie wehrt man sich gegen derlei Schikanen? Um diese Frage drehte sich die anschließende Diskussion. Grundsätzlich schütze Masse, schütze Solidarität, unterstrich Jurek. Er habe gute Erfahrungen mit Streikversammlungen gemacht. Die seien der passende Ort, um aktuelle Entwicklungen während einer Tarifaufeinandersetzung zu diskutieren und Kollegen Ängste zu nehmen. Diese Ängste müssten zunächst ernst genommen werden, um dann Kollektivität herstellen zu können. Ein spalterisches „Angebot“ der Klinikführungen, Pfleger zu entlasten, andere Klinikbeschäftigte hingegen nicht, habe man auf Streikversammlungen im Entlastungskampf diskutiert und dann abgelehnt. Streiks zu demokratisieren, so die Schlussfolgerung, sei die originäre Aufgabe von Kommunisten in Gewerkschaften.

Notdienstverhandlungen könne man nutzen, um gezielt Bereiche zu bestreiken, in denen der finanzielle Schaden besonders groß sei. Unterliegt die Gewerkschaft in einer juristischen Auseinandersetzung, kann das zum Bumerang werden für die Firmenleitung. Das zeigt ein Beispiel, das Jan aus Essen in die Diskussion einführte. Nach juristisch erzwungenen Auflagen für Notdienste im Entlastungsstreik hätten Kollegen die positive Erfahrung gemacht, selbst ein Krankenhaus leiten zu können.

Ganz wichtig, um aus dem engen Rahmen des Streikrechts auszubrechen: Kreativität. Juristische Verbesserungen des Streikrechts gab es vor allem dann, wenn Gewerkschaften gezielt die Grenzen des Rechts austesteten.

Valentin Zill

Trotz Hindernissen

Kampf um Entlastung in Hannover

Es ist Freitag, der 23. August. Auf dem Platz vor den ver.di-Höfen in Hannover wird es heute laut. Die Beschäftigten der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) bringen ihre Forderungen für einen Tarifvertrag Entlastung (TV-E) lautstark auf die Straße. Das ist bitter nötig. Die Politik macht den Beschäftigten seit Jahren Versprechungen – doch die Belastung in der Pflege und den anderen Bereichen bei der MHH wird immer größer. Das Personal wird ausgebrannt, der Krankenstand ist durch die Überlastung hoch, Besserung ist trotz aller Versprechungen nicht in Sicht.

Nun nehmen die Kolleginnen und Kollegen es selbst in die Hand. Sie fordern im Zuge des TV-E Entlastung durch mehr Personal und bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Der zuständige Minister für Wissenschaft und Kultur, Falko Mohrs (SPD), äußerte vor einer Woche im Arminia-Stadion noch Verständnis für die Forderungen. Doch er könne keinen Tarifvertrag schließen wegen Absprachen innerhalb der Tarifgemeinschaft der Länder (TDL), sondern wolle stattdessen eine Dienstvereinbarung mit dem Personalrat. Man wolle über alles reden (UZ vom 23. August).

Parallel reichte die Landesregierung eine Klage gegen die geplanten Streiks ein. Tatsächlich hat das Arbeitsgericht diese erst einmal untersagt. Doch das Gericht „hat nicht grundsätzlich gegen unsere Forderung nach einem Entlastungstarifvertrag für die Kolleg*innen an der MHH geurteilt, sondern lediglich zur Schärfung einzelner Forderungen aufgefordert“, so ver.di-Landesbezirksleiterin Andrea Wemheuer. ver.di spricht von „Zuständigkeits-Pingpong“ und „juristischen Winkelzügen“.

Obwohl so viele Kolleginnen und Kollegen nun während der Demonstration arbeiten müssen, finden sich über 700 Beschäftigte und solidarische Personen, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Von Resignation war nichts zu spüren – stattdessen Wut auf die Verantwortlichen in der Landesregierung, namentlich auf Falko Mohrs. „Genug mit Bescheidenheit, die Klinik ist streikbereit!“ Die Belegschaft hat genug von leeren Versprechungen. Nach Klatschen während der Pandemie und warmen Worten ist es nun an der Zeit, auch etwas Handfestes zu bekommen.

Dennis Schlichting

Dokumentiert

Keine Perspektive

SDAJ zum Ausbildungsreport der DGB-Jugend

Weniger als jeder fünfte Betrieb bildet überhaupt noch aus. Wenig überraschend ist da, dass beinahe drei Millionen der 20- bis 34-Jährigen keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Das mag auch daran liegen, dass beinahe jede dritte Ausbildung abgebrochen wird, die Gründe dafür liegen im Wesentlichen in den zu leistenden Überstunden, der unklaren Übernahmeperspektive, den ausbildungsfremden Tätigkeiten sowie der mangelnden Betreuung. (...) Über 70.000 Ausbildungsplätze bleiben direkt unbesetzt. Angesichts der Ausbildungsbedingungen kein Wunder.

Das Schwerpunktthema des diesjährigen Ausbildungsreports ist das Thema Betreuung. Hier gaben ca. 20 Prozent der Befragten entweder an, keinen Ausbilder zu haben oder ihn selten bis gar nicht zu sehen. Mehr als die Hälfte der

Auszubildenden bekommt weniger als einmal pro Monat Rückmeldung von ihrem Betreuer. (...) Das deckt sich auch mit der hohen Zahl an Azubis, die regelmäßig ausbildungsfremde Tätigkeiten machen müssen – mit 15,3 Prozent ein neuer Höchststand. (...) Nur 69,8 Prozent gaben an, mit ihrer Ausbildung zufrieden zu sein, der schlechteste Wert der letzten 15 Jahre.

Die durchschnittliche Ausbildungsvergütung liegt mit 965 Euro unterhalb dessen, was es in den großen Industrien bereits vor zehn Jahren gab, wer Mindestausbildungsvergütung bekommt, braucht sich gar keine Hoffnungen zu machen, mit 649 Euro ein eigenständiges Leben führen zu können. (...)

Übernahme im erlernten Beruf? Für viele Azubis Fehlanzeige! In Zahlen ausgedrückt bedeutet das, dass über 60 Prozent der Befragten nicht wissen,

ob sie am Ende der Ausbildung übernommen werden. Im letzten Ausbildungsjahr haben über 65 Prozent der Azubis keine Zusage für eine Übernahme. Zukunftsplanung ist so nicht möglich.

Auszubildende werden schlecht ausgebildet, dafür schlecht bezahlt, und landen mit hoher Wahrscheinlichkeit hinterher mit einem Berufsabschluss auf der Straße! (...) Die SDAJ kämpft zusammen mit den Gewerkschaftsjugendlichen, den Azubis im Betrieb und im Rahmen von Tarifrunden für: Unbefristete Übernahme im erlernten Beruf! Konsequente Durchsetzung des Verbots ausbildungsfremder Tätigkeiten! Mehr Zeit für Praxisanleitung durch mehr qualifizierte Ausbilder:innen! Eine Mindestausbildungsvergütung, die für ein eigenständiges Leben ausreicht!

Lindner in Bedrängnis

Eine Werbekampagne für 46.000 Euro könnte zum Problem für Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) werden. Kurz vor den EU-Wahlen hatte das Finanzministerium zwei großformatige Anzeigen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geschaltet, um den 15. Geburtstag der „Schuldenbremse“ zu feiern. Im Text und in der Aufmachung erinnerten diese an das Auftreten der FDP, was den Verdacht einer unzulässigen Regierungskommunikation, möglicherweise auch einer illegalen Parteienfinanzierung nahelegte. Lindner sei mit den Details der Kampagne nicht vertraut gewesen, hieß es zunächst von Seiten des Finanzministeriums. In dieser Woche wurde jedoch eine E-Mail zwischen dem Ministerium und der Werbeagentur vom 11. April bekannt, in der es hieß: „Bei der Gelegenheit bitte ich Sie um Übersendung der beiden neuen FAZ-Anzeigevarianten, wie am Dienstag mit Minister Lindner besprochen.“

Rondenberg endet

Am kommenden Dienstag soll am Hamburger Landgericht das Urteil im sogenannten Rondenberg-Verfahren verkündet werden. Am vergangenen Dienstag fand der letzte Verhandlungstag mit den Statements der Verteidigung und dem letzten Wort der Angeklagten statt. Der Prozess wird seit Januar gegen mutmaßliche Teilnehmer der G20-Proteste in Hamburg im Jahr 2017 geführt. Den Angeklagten wird unter anderem schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen. „Unstrittiges Ergebnis des achtmonatigen Verfahrens ist, dass die Angeklagten keine eigenhändigen Straftaten verübt haben. Die Demonstration am Rondenberg war zudem eine politische Versammlung und als solche vom Grundgesetz geschützt“, teilte die Initiative „Grundrechte verteidigen!“ mit.

Solidarisch für Palästina

Auf den UZ-Friedenstagen hat sich der Verein 3ezwa gegründet. Zweck des Vereins ist die „Stärkung grundlegender Menschenrechte, insbesondere des Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sowie des Rechts auf ein Leben in Freiheit und Würde im gesamten Gebiet des historischen Palästinas“. Dies soll vor allem durch das Mittel der finanziellen und rechtlichen Unterstützung gegen Repression geschehen. Der Name ist aus dem arabischen abgeleitet und bezieht sich auf eine eng verknüpfte Gemeinschaft, der sich ein Individuum besonders verbunden fühlt. Die Eintragung des Vereins soll in den nächsten Wochen erfolgen. Ordentliches Mitglied kann werden, wer sich zum Existenzrecht Palästinas bekennt und im Sinne des Zweckes tätig werden will. Dasselbe gilt für Personenvereinigungen.

Cyberangriff auf BSW

Am Montag hat der Vorstand des Vereins „BSW – Für Vernunft und Gerechtigkeit e. V.“ die Betroffenen darüber informiert, dass dem Recherchenetzwerk „Correctiv“ ein Datensatz mit persönlichen Informationen von rund 70.000 Abonnenten des BSW-Newsletters vorliegen könnte. „Correctiv“ behauptete laut der Mitteilung des BSW, dass dabei „neben persönlichen Kontaktinformationen offenbar auch codierte Mitgliederlisten, Zusagen zu einer Wahlparty sowie Details zu Landesbeauftragten und Unterstützern in verschiedenen Bundesländern enthalten“ seien. Einblick in den Datensatz soll dem BSW jedoch nicht gewährt worden sein. Der Verein vermutet, dass die Daten durch einen Cyberangriff erbeutet wurden. Schon im März war es zu einem mutmaßlichen Cyberangriff auf das BSW gekommen.

Zweimal schwierig, einmal leicht

Wie Kommunisten auf die Landtagswahlen im Osten blicken

Brandenburger müsste man sein. Dann wäre das Wählerdasein einfach. Denn in dem Bundesland rund um Berlin gibt es am 22. September die Möglichkeit, sein Kreuz bei der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zu machen. Die Kandidatur: jetzt schon ein beeindruckender Kraftakt. Mehr als 2.000 Unterstützungsschriften mussten gesammelt werden, um die Kommunisten auf den Wahlschein zu bringen. „Ohne die solidarische Mitarbeit einzelner Grundorganisationen unserer Landesorganisation untereinander, aber auch die Hilfe von außerhalb hätten wir das Ziel nicht erreicht“, schreibt Susanne Steinhardt für den Landesvorstand der DKP Brandenburg.

Der Wahlkampf falle in eine Zeit der Wut gegen die bundesrepublikanische Politik, die in einer zerfallenden Parteienlandschaft auch mit einer spürbaren politischen Orientierungslosigkeit einhergehe. „80 Prozent der Ost-

Grenze missbraucht wird. (...) Stopp der Waffenlieferungen in die Ukraine. Wir wenden uns gegen das Sondervormögen für die Bundeswehr und gegen eine Aufrüstung der Bundeswehr nach NATO-Kriterien. Für eine soziale Zeitenwende mit umfangreichen Investitionen zur Bekämpfung des Pflegezustandes in Brandenburger Kliniken, des Lehrermangels und der fehlenden Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr oder in den Umweltschutz.“

Frieden im Mittelpunkt

Während der Wahlkampf in Brandenburg gerade erst in die heiße Phase geht, müssen die Wählerinnen und Wähler in Thüringen und Sachsen schon an diesem Sonntag an die Wahlurnen treten. Dass die DKP in beiden Bundesländern nicht zur Wahl stehen wird, macht es für Kommunistinnen und Kommunisten schwieriger. Die inhaltliche Orientierung ist jedoch

voranzutreiben. Dass Letzteres der Ansatz sein dürfte, ist nach dem medialen Aufschrei der vergangenen Tage kaum noch zu bezweifeln. Mit der Hetze nach den tödlichen Messerangriffen in Solingen bereiten Ampel und CDU – unter Zuhilfenahme der AfD – die Begründung für eine Fortsetzung der Kriegspolitik nach den verlorenen Wahlen im Osten vor. Denn statt über Waffenlieferungen und ein Ende des Krieges gegen Russland wird anschließend nur noch über Asylpolitik und Abschiebungen diskutiert werden. Nicht sehr hilfreich ist, dass sich auch Protagonisten des in der Friedensfrage wichtigen BSW lautstark an diesem Ablenkungsmanöver beteiligten.

Spiegelbild Thüringen

Umso wichtiger ist es, bei aller Widersprüchlichkeit einen kühlen Kopf zu bewahren. Das gilt auch für Thüringen, wo „die erste und einzige von der ‚Lin-

versuch, von der Bourgeoisie akzeptiert und zum Regieren eingeladen zu werden“, beschreibt Gallegos die Situation. Nun werde das BSW an die Stelle der „Linken“ treten. „Unsere Position muss kohärent bleiben: Kritische Begleitung, Solidarisch mitarbeiten und unterstützen, wo es gemeinsame Positionen gibt, und kritisieren und ablehnen, wo es nötig ist“. Der große Test für BSW seien ohnehin nicht die Wahlen, sondern die Zeit danach. Wird das Bündnis eine Koalition eingehen? Und wenn nicht: Wie wird die Oppositionsarbeit aussehen?

Auf der anderen Seite ist zu erwarten, dass die AfD stärker wird – zurzeit ist sie laut Umfragen mit 30 Prozent sogar die stärkste Kraft. Es könnte für die anderen bürgerlichen Parteien faktisch unmöglich werden, ohne sie zu regieren, stellt Gallegos fest: „Das könnte dazu führen, dass diese Parteien ihre heuchlerische Anti-AfD-Rhetorik aufgeben. Vielleicht hören wir bald schon das Argument, es sei besser, mit der AfD zu regieren, um sie kontrollieren zu können.“

Taktisch in Sachsen

Auch in Sachsen könnten bald neue politische Konstellationen notwendig sein. Maximilian Schanz weist für die DKP Dresden darauf hin, dass die AfD bei den Wahlen stärkste Kraft werden und neben ihr nur noch CDU und BSW im Landtag vertreten sein könnten. Auch hier wird am Sonntag keine kommunistische Partei auf dem Wahlzettel stehen. Wen also wählen?

Die Dresdner Kommunisten haben sich Wahlprogramme und Antworten aus dem „Wahl-O-Mat“ angeschaut, das Ergebnis: „Die Linke“ will für die „Sicherung der ärztlichen Versorgung und der Bildung, die nachhaltige Entwicklung der sächsischen Industrie und Landwirtschaft zum Wohle aller, die Stärkung der Kommunen, den Erhalt der Kulturförderung und eine menschenwürdige Migrationspolitik“ werben. Das Thema Frieden steht im Wahlprogramm ganz hinten und stellt keine grundsätzliche Opposition zur aktuellen Kriegspolitik dar. Das BSW hat diesen Themenkomplex ganz vorne in seinem Wahlprogramm und wirbt für „einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen“ in der Ukraine.

Gerade Letzteres komme bei den sächsischen Wählern gut an. Zu den wichtigsten Themen gehören in der Bevölkerung außerdem die Senkung der Energiepreise und die innere Sicherheit. „Alle diese Themen gelten zwar nicht als klassische linke Themen in Sachsen, müssen aber nach entsprechender Analyse – unter Einbeziehung antifaschistischer und gewerkschaftlicher Standpunkte – von der DKP besetzt werden“, schlussfolgert Schanz für die Zukunft.

„Die meisten Genossinnen und Genossen werden taktisch wählen“, sagt in dieser Situation Peter Weyland aus Leipzig. Einen Wahlauftritt der DKP gebe es nicht. Dabei werde die Zweitstimme häufig an das BSW gehen. „Mit den Bedingungen, die Wagenknecht für Koalitionen genannt hat, kann das zumindest deutlichen Druck auf die CDU ausüben“. Doch das BSW werde von vielen auch sehr kritisch gesehen: „Insbesondere die Haltung zur DDR und die Positionen zu NATO und Zivildienst, wie sie im Wahl-O-Mat deutlich werden, stoßen übel auf“. Trotz dieser Gemengelage kann er der bevorstehenden Wahl auch etwas Positives abgewinnen: Denn sofern SPD und FDP bei den zu erwartenden 3 Prozent landen würden, hätte das „zumindest den charmanten Vorteil, dass über die Sperrklausel neu nachgedacht werden wird“.

Vincent Czesla

Foto: DIE LINKE, Thüringen



In sozialdemokratischen Kreisen galt „R2G“ mal als Zukunftsprojekt. Die Thüringer haben es unter Führung von Bodo Ramelow („Die Linke“) ausprobiert – hat sich nicht bewährt.

deutschen können das ‚demokratische‘ Konstrukt der Bundesrepublik nicht teilen. Die Hälfte der Bürgermeister und Gemeinderäte sind parteilos. Eine Vielzahl neuer Parteien hat sich gebildet“, so Steinhardt. „Linke“ und Grüne stehen nach aktuellen Umfragen bei 5 Prozent und könnten aus dem Landtag fliegen. Dafür darf das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) derzeit mit 17 Prozent rechnen. Stärkste Partei könnte mit einem Umfrageergebnis von rund 24 Prozent die AfD werden.

„Leider haben wir erlebt, dass die hemmungslose Entstellung der DDR fruchtbare Wirkung erreicht hat: Die Vermittlung eines realen, differenzierten Bildes über die DDR ist selten geworden. Dennoch gibt es Lichtblicke: Wir haben erfahren, dass die Freundschaft zu den Völkern Russlands in diesem Land noch fortlebt“, schreibt Steinhardt. Die Kandidatur der DKP komme daher „nicht über die Hintertreppe“, sondern stellt die Friedensfrage ins Zentrum. Gleich zu Beginn der Positionen der DKP zur Landtagswahl heißt es folgerichtig: „Weg mit den Sanktionen gegen Russland! Wir wenden uns dagegen, dass Brandenburg als Transitbundesland für NATO-

Truppen in Richtung der russischen

klar: Gegen den Kriegskurs der Regierung, für Frieden und die Verteidigung von sozialen und demokratischen Rechten. Das trifft auch den Nerv der Bevölkerungsmehrheit. Wie eine von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht in Auftrag gegebene Umfrage in der vergangenen Woche zeigte, sind 68 Prozent der Deutschen für Friedensverhandlungen mit Russland – im Osten sogar 76 Prozent. Eine Mehrheit fordert einen Waffenstillstand (65 Prozent), knapp die Hälfte der Befragten beklagen mangelnde Diplomatie (46 Prozent) und sprechen sich gegen Taurus-Lieferungen aus (48 Prozent). Im Osten finden 52 Prozent die Forderung nach Friedensverhandlungen zudem wahlentscheidend.

Die Zahlen zeigen bei aller Widersprüchlichkeit, dass die von der Bundesregierung und anderen Kriegstreibern behauptete Meinungsführerschaft gelitten hat. Die Wahlen im Osten könnten zur symbolischen Abstimmung über den Kriegskurs werden – sofern es den Herrschenden nicht gelingt, die Migrationsfrage in den Mittelpunkt aller Interpretationen zu stellen und dadurch die Spal-

ten‘ geführte rot-rot-grüne Landesregierung zum Ende kommt“, wie Arturo Gallegos, Landesvorsitzender der DKP Thüringen, feststellt. „Nur wenige Menschen werden sie vermissen, da sie sich von keiner anderen bürgerlichen Regierung unter Führung von CDU oder SPD wesentlich unterscheiden hat. Wenn das alles ist, was von Rot-Rot-Grün zu erwarten ist, dann wundert es nicht, dass dieses Szenario auf Bundesebene weiter von der Verwicklung entfernt ist als je zuvor“, so Gallegos. Überhaupt sei Thüringen auch ein Spiegelbild der Trends auf Bundesebene, wobei die Polarisierung aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche nach der Deindustrialisierung des Ostens, die mit dem Zusammenbruch des Sozialismus einherging, viel deutlicher zutage trete.

Glücklich ist er über die Situation der „Linken“ keineswegs, erkennt sie aber als selbstverschuldet. „Die Linke“ habe ihre Wählerschaft in Thüringen verprellt, sich an kriegsbefürwortende Positionen angenähert und die Zusammenarbeit mit kämpferischen linken Strömungen und Organisationen verweigert. „Wieder einmal veräussert sich eine linke Partei in zentristischen Positionen in dem plumpen

Weitere Infos
im UZ-Blog:
unsere-zeit.de



Keine Berührungsängste für den Frieden

Was wir von der Friedensbewegung der 80er Jahre lernen sollten

Mit der Ankündigung von Kanzler Olaf Scholz (SPD), neue atomare US-Mittelstreckenraketen in Deutschland zu stationieren, werden auch Erinnerungen an eine Zeit wach, als sich eine breite Bewegung für Frieden und Abrüstung auf den Weg machte. Einer, der damals als junges Mitglied im SDAJ-Bundesvorstand mit dabei war, ist der heute 74-jährige Michael Gerber. Als Friedenskämpfer war Michael Gerber Betriebsrat bei Siemens in Kamp-Lintfort, IG-Metall-Vertrauensmann und später für die DKP im Bottroper Stadtrat. Im UZ-Interview berichtet er über die Erfolge der Friedensbewegung damals und darüber, was wir daraus mitnehmen können.

UZ: Michael, wenn du an die 80er Jahre zurückdenkst, wie würdest du die politische und soziale Situation erklären, die die Friedensbewegung so stark hat werden lassen?

Michael Gerber: Der NATO-Beschluss im Dezember 1979 zur Stationierung von atomaren US-Mittelstreckenraketen in Westdeutschland hatte große Ängste in der Bevölkerung ausgelöst. Es bestand die reale Gefahr, dass Deutschland zu einem atomaren Schlachtfeld wird. Anfang der 80er Jahre entstanden in etlichen Städten Friedensinitiativen, die die Bevölkerung mit vielfältigen Aktionen gegen die Raketenstationierung mobilisierten. Auch die Ostermärsche der 60er Jahre wurden wiederbelebt. Der Krefelder Appell von 1980 gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa wurde in den folgenden Jahren von über fünf Millionen Menschen unterschrieben. Im Sommer 1981 bildete sich der Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in Bonn, dem 26 Organisationen angehörten.

Ich vertrat in diesem Friedensbündnis die SDAJ. Der Koordinierungsausschuss mobilisierte zu der bis dahin größten Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 im Bonner Hofgarten, an der 300.000 Menschen teilnahmen! Im folgenden Jahr, am 10. Juni 1982, waren es schon 500.000 Menschen auf den Bonner Rheinwiesen. Ein Jahr darauf waren es bundesweit 1,5 Millionen Menschen: Am 22. Oktober 1983 demonstrierten 500.000 Menschen in Bonn. 400.000 Menschen bildeten parallel dazu eine Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm und nochmal 400.000 Menschen demonstrierten in Hamburg. Diese „Volksversammlung für den Frieden“ bildete den Höhepunkt der Aktivitäten der Friedensbewegung in den 80er Jahren.

UZ: Wie konnte eine solche Massenmobilisierung damals gelingen? Welche Rolle spielte die politische Breite im Koordinierungsausschuss?

Michael Gerber: In dem Bündnis haben sehr unterschiedliche Gruppen zusammengearbeitet. Was uns verband, war die Absicht, eine Stationierung von atomaren US-Raketen in Deutschland zu verhindern. In dem Bündnis waren so unterschiedliche Organisationen wie die beiden christlichen Verbände „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ und die „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“, der Verband Deutscher Studentenschaften, die DGB-Jugend war als Beobachter dabei, der BUND, das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ), die Grünen, die DFG-VK, die VVN, der Bund sozialdemokratischer Frauen. Und natürlich die Jugendverbände wie die SDAJ, die Jusos, die Falken und die Bundesschülervertretung. Diesem breiten Bündnis ist es gelungen, die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung der Mittelstrecken-Raketen zu mobilisieren!

UZ: Wir werden heute vom Imperialismus der NATO in eine neue Blockkonfrontation gegen Russland und China

getrieben. Dabei wird beinahe im Wochenrhythmus auf Eskalation gesetzt...

Michael Gerber: Der Unterschied zu den 80er Jahren ist, dass es den Herrschenden und den Medien anscheinend gelungen ist, Illusionen über den Imperialismus zu erzeugen und Russland und China als das Drohgebilde am Horizont zu malen. Gleichzeitig erhöht sich die Kriegsgefahr sicherlich auch dadurch, dass die G7-Staaten und



300.000 Menschen demonstrierten am 10. Oktober 1981 im Bonner Hofgarten. In den Folgejahren sollten es noch mehr werden.

die NATO auf einem absteigenden Ast sind, nicht was ihre militärischen Fähigkeiten, aber was ihre Wirtschaftskraft und ihre politischen Möglichkeiten angeht. Das wissen wir auch aus der Geschichte: Absteigende Mächte treten nicht freiwillig von der Bühne ab, sondern versuchen durch militärische Gewalt diesen Prozess aufzuhalten. Insofern ist Gefahr einer militärischen oder nuklearen Konfrontation im Weltmaßstab viel größer als noch in den 80er Jahren.

UZ: Inwiefern können wir heute von den Erfahrungen der Friedensbewegung der 80er Jahre lernen?

Michael Gerber: Je mehr der Bevölkerung die Gefahren für unser Land bewusst werden, die mit der neuen Stationierung von US-Mittelstreckenraketen, die auch atomar bestückt werden können, sowie den neuen US-Hyperschallraketen verbunden sind, wird sich auch der Widerstand gegen die Stationierung entwickeln.

Heutzutage leben wir nicht in Zeiten des Kalten Krieges, sondern in der zugespitzten Situation eines NATO-Krieges gegen Russland, der auch auf russischem Boden mit deutschen Waffen stattfindet. Deutschland ist Kriegspartei und damit auch potenzielles Angriffsziel! Die Zustimmung von SPD-Kanzler Scholz zur Stationierung von US-Raketen folgt dem Beispiel von SPD-Kanzler Schmidt 1979 zur Unterstützung des damaligen NATO-Beschlusses. Jeder Widerspruch aus den Reihen der Sozialdemokraten gegen die Erhöhung der Kriegsgefahr muss

auch heute wie vor 40 Jahren genutzt werden!

Das gleiche gilt für die Gewerkschaften. Der DGB hat die Friedensdemonstrationen in den 80er Jahren nicht unterstützt. Das IG-Metall-Vorstandsmitglied Georg Benz wurde für seine Rede auf der Friedenskundgebung 1981 in Bonn scharf vom damaligen IG-Metall-Vorsitzenden Loderer kritisiert. Auch heute gibt es die Möglichkeit, die Gewerkschaftsmitglieder und die Organisationen aus der Einbindung in die Aufrüstungslogik herauszulösen. Dazu kann der Aufruf „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg“ genutzt werden. In mühevoller Kleinarbeit von allen Menschen, die sich gegen eine Raketenrüstung und gegen die Kriegsgefahr wenden, gilt es die bestehenden Friedensinitiativen zu verbreitern und – wo keine Initiativen

bestehen – neue zu gründen. Wir müssen eine Meinungsführerschaft gegen die Herrschenden für Frieden, Verständigung und Abrüstung durchzusetzen. Die Unterstützung und Teilnahme an der Demonstration „Nein zu Krieg und Hochrüstung, ja zu Frieden und internationaler Solidarität“ am 3. Oktober in Berlin ist dafür eine sehr gute Möglichkeit.

Was die Friedensbewegung lernen muss, ist, alte Gleise zu verlassen und neue Chancen zu erkennen. Es muss darum gehen, die Menschen mit ihren bestehenden Ängsten auf die Straße zu bringen. Dafür müssen wir die Möglichkeiten schaffen! In den 80er Jahren haben Organisationen im Koordinierungsausschuss zusammengearbeitet, die in anderen Feldern gar keine Berührungspunkte hatten, aber an diesem einen Punkt, der Verhinderung der Raketenstationierung, eben keine Berührungsängste zeigten. Ich glaube, da ist es auch wichtig den Blick zu öffnen.

UZ: An wen denkst du da im Besonderen?

Michael Gerber: Ich glaube, wir müssen viel stärker Jugendliche ansprechen. Es geht letztendlich um ihre Zukunft und die darf nicht darin bestehen, dass man die Bundeswehr als einen attraktiven potenziellen Arbeitgeber ansieht. Die Bundeswehr ist eine Kriegarmee, die bereits heute die Zukunft junger Menschen zerstört. Die militaristische Tradition, die in der Bundeswehr neuerdings wieder gepflegt wird, hat uns in zwei Weltkriege geführt. Einen dritten werden wir nicht überleben. Deshalb gilt es die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen bei uns zu verhindern!

Das Gespräch führte Chris Hüppmeier

Widerstand, zusammen!

Auf den UZ-Friedenstagen diskutierten Aktivisten aus der Palästina-Solidarität miteinander

Am vergangenen Sonntag kamen bei den UZ-Friedenstagen Organisationen aus Duisburg, Leipzig und Berlin zusammen, um über die Palästina-Solidarität in Deutschland zu diskutieren. Es ging um die Perspektiven des anhaltenden Kampfes für die Befreiung Palästinas und die verschiedenen Angriffe des deutschen Staates auf politische Organisationen und Unterstützer der palästinensischen Sache.

Die aggressive Repression und die Versuche, die Solidarität zu unterdrücken, erfolgen mit unterschiedlichen Methoden, wie die Gäste diskutierten. Die lautstarken Demonstrationen auf den Straßen werden mit brutalen Polizeieinsätzen und gewaltsamen Verhaftungen bekämpft. Davon sind auch Jüdinnen und Juden betroffen, die sich gegen den Völkermord stellen und die falsche Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus zurückweisen.

Iris Hefets von der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ erzählte auf dem Podium, dass sie dreimal von der Polizei festgenommen wurde. Sie erinnerte auch an die Sperung des Bankkontos der „Jüdischen Stimme“. „Die größten Antisemiten sitzen im Parlament und protestieren nicht auf der Straße“, erklärte sie unter dem Applaus der zahlreichen Zuschauerinnen und Zuschauer. Das alles geschehe jedoch nicht ohne Kontext. Deutschland treibe ein Projekt der Remilitarisierung voran. Geht es um Abschiebungen und Migranteneindlichkeit, seien im Grunde alle bürgerlichen Parteien gut aufeinander abgestimmt.

Yasmin von Handala Leipzig machte deutlich, wie wichtig eine korrekte Bewertung des Völkermords und des israelischen Siedlerkolonialismus in Palästina ist. Nur so lasse sich reaktionäre Politik wie die der sogenannten Antideutschen entlarven und bekämpfen. Das schließe in der Konsequenz auch eine objektive Auseinandersetzung mit verschiedenen Widerstandsformen ein. Hinweise dafür liefere die Geschichte antikolonialer Bewegungen.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen auch Verbote von Organisationen wie Samidoun und der Palästina Solidarität Duisburg (PSDU). Im März dieses Jahres wurde das Verbot der PSDU vom NRW-Innenministerium mit der fadenscheinigen Begründung unterzeichnet, dass es sich um eine gefährliche Organisation handele – insbesondere für Juden. PSDU stehe gegen die Völkerverständigung und sei damit auch gegen die verfassungsmäßige Ordnung in Deutschland gerichtet. Zwei Monate später, am 16. Mai, wurde dieses Verbot durchgesetzt, begleitet von Hausdurchsuchungen bei Palästina-Aktivisten in Duisburg. Inzwischen hat sich ein Komitee gegen das Verbot gegründet. Es unterstützt Kläger wie Ahmed, der auf dem Podium

von seinen Erfahrungen berichtete. Bei der Hausdurchsuchung seien alle technischen Geräte mitgenommen worden, von der Arbeit sei er inzwischen freigestellt und dürfe seinen Arbeitsplatz nicht mehr betreten. „Die haben gedacht, sie verbieten uns, und dann geben wir Ruhe. Sie haben uns falsch eingeschätzt“, sagte er zur Begeisterung des durch und durch solidarischen Publikums.

Wenn eine Organisation verboten wird, wird dieses Verbot auch zu einem Instrument der weiteren Repression gegen andere. Im Vordergrund stehen dann falsche Behauptungen über angebliche konspirative Netzwerke, die von Behörden aufgestellt werden. Die Diskussion darüber machte deutlich, dass Angriffe auf einzelne Organisationen immer die gesamte Palästina-Solidarität in Deutschland betreffen. Sie müssen daher entschlossen zurückgewiesen werden.

Matthew Read von der DKP Berlin erklärte, dass man, um den Charakter der Repression zu verstehen, auch die internationale Situation und die historischen Ziele des Imperialismus in der Region bewerten müsse. Die „Sicherheit Israels“ als deutsche Staatsraison festzulegen sei ein Konsens des deutschen Kapitals über alle Fraktionen hinweg. Es gehe auch um die Beseitigung von Hindernissen, die dem deutschen Imperialismus in Nahost im Wege stehen. Je aggressiver der deutsche Imperialismus dabei nach außen agiere, umso aggressiver werde er auch im Inneren. Das zeigt sich am derzeit stattfindenden reaktionär-militaristischen Staatsumbau.

Die zunehmende Militarisierung der BRD einschließlich der starken Unterstützung des israelischen Völkermords in Gaza geht mit einer Verschärfung der Repression im Inland und der Beschneidung von Grundrechten einher. In Zeiten solcher Angriffe sind Räume wie das Interbüro, in dem das Palästina-Café Wedding stattfindet, von großer Bedeutung. Issa vom Palästina-Café erläuterte das Konzept. Es gehe vor allem darum, außerhalb der eigenen Blase zu wirken und mit der Nachbarschaft ins Gespräch zu kommen. Dabei komme es zu Gesprächen mit Menschen, die noch nicht vollkommen politisiert seien. Der direkte Kontakt eröffnet neue Perspektiven und Handlungsoptionen.

Im Anschluss beteiligte sich das Publikum an der Diskussion. Die Teilnehmer brachten ihr Unverständnis gegen den Antisemitismus-Vorwurf zum Ausdruck und riefen dazu auf, zusammenzuhalten. Die Stimmung im Saal wie auch bei den gesamten UZ-Friedenstagen zeigte: Wenn die Repression zunimmt, nimmt auch der Widerstand zu.

João Pimenta



Das Komitee gegen das Verbot von Palästina Solidarität Duisburg stellte seine Arbeit auf der Hauptbühne vor.

Zermürbende Verzögerung

Netanjahu verhindert mit neuen Forderungen Waffenstillstand in Gaza



Mit jedem Tag ohne Waffenstillstand vergrößert sich das Leid der Palästinenser.

Für die Menschen in Gaza, für die israelischen Geiseln und ihre Angehörigen ist es ist ein zermürbendes Hin und Her, ein Abzählreim des Grauens: Es gibt einen Waffenstillstand – es gibt keinen Waffenstillstand – es gibt einen Waffenstillstand ... Dabei betonen US-Präsident Joseph Biden und sein Außenminister Antony Blinken immer wieder, wie nahe man einer Lösung sei – um dann von Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu eines anderen belehrt zu werden.

Netanjahu kritisiert bitter sein eigenes Verhandlungsteam, das von Mossad-Direktor David Barnea geführt wird, weil es zu viele Zugeständnisse mache. Biden verlangt mehr Konzessionen von Netanjahu, ohne allerdings bisher einen materiellen Druck auszuüben. So landete am Montag der seit dem 7. Oktober letzten Jahres 500. Lufttransport aus den USA in Israel. In diesen Transporten wurden bisher 50.000 Tonnen Waffen geliefert.

Inzwischen gab es Verhandlungen und eine Einigung – nicht zwischen Hamas und Israel, sondern zwischen den USA und Israel. Offenbar im Einvernehmen mit den USA und unter dem Druck von Netanjahu verlangt nun die israelische Verhandlungsdelegation eine andauernde israelische Präsenz im sogenannten „Philadelphia-Korridor“. Es handelt sich um das von der israelischen Armee willkürlich so benannte Grenzgebiet zwischen Israel und Ägypten.

Vor dem Rückzug Israels aus Gaza im August 2005 vereinbarte Israel mit Ägypten die Stationierung ägyptischer Truppen auf der ägyptischen Seite der Grenze zu Gaza entlang dieses Korridors. Sie sollten Schmuggel, insbesondere Waffenschmuggel, unterbinden und ihre Tätigkeit und Geheimdienstinformationen mit Israel koordinieren.

Am Sonntag wurde einer Delegation der Hamas der aktuelle Verhandlungsvorschlag vorgestellt, inklusive

der Besetzung des Philadelphia-Korridors. Die Vertreter der Hamas beharrten aber im Wesentlichen auf dem Vorschlag der USA, dem die Organisation Anfang Juli zugestimmt hatte: Vollständiger Abzug israelischer Truppen aus Gaza, andauernder Waffenstillstand, Wiederaufbau, Bewegungsfreiheit für die Einwohner Gazas und Austausch der Geiseln.

Die andauernden Verhandlungen um den Waffenstillstand hatten dazu beigetragen, die Reaktion der libanesischen Hisbollah auf den israelischen Angriff auf ihren Kommandeur Fuad Shukur in Beirut bis zum Sonntag zu verzögern.

Die Darstellung des Angriffs und seiner Folgen könnte nicht unterschiedlicher sein. Die israelische Armee und Regierung behaupten, mit einem präventiven Angriff mit hundert Flugzeugen Tausende Raketen und Stellungen der Hisbollah zerstört zu haben. Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der Hisbollah, erklärte dagegen, Israel habe Stellungen angegriffen, die schon lange verlassen waren, und der eigene Angriff sei planmäßig durchgeführt worden. Er galt einer Geheimdiensteinrichtung und einem Luftwaffenstützpunkt in Israel. Fotos oder Videobeweise lagen zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe von UZ am Mittwoch von keiner Seite vor. Doch die israelische Darstellung wird selbst in Israel häufig nicht für bare Münze genommen, zumal die Zensur eine konkrete Berichterstattung unterbindet.

Mittlerweile geht das zermürbende Hin und Her um einen Waffenstillstand in Gaza weiter. Verhandlungsdelegationen treffen sich, gehen auseinander – und Israel erhält die Zeit, den Gazastreifen weiter zu zerstören.

Ministerpräsident Netanjahu beharrt darauf, dass Israel im Philadelphia-Korridor präsent bleibt. Für die Hamas – aber auch für Ägypten – ist eine permanente Präsenz Israels im Grenzgebiet ein klares No-Go und eines der Haupthindernisse, die einem Waffenstillstand im Wege stehen.

Manfred Ziegler

Freundschaft mit China statt Schulterschluss mit den USA

Vietnam lässt sich nicht gegen die Volksrepublik in Stellung bringen, das bezeugt auch der Besuch To Lams in Peking

An Symbolik ließen es die Kommunistischen Parteien Vietnams und Chinas nicht mangeln, als To Lam, seit dem 22. Mai 2024 Präsident Vietnams, seine erste Auslandsreise nach seiner zusätzlichen Ernennung zum Generalsekretär der KPV am 3. August antrat. Dass die Reise ihn nach China führte, war ein gewichtiges Signal, das den hohen Stellenwert der bilateralen Beziehungen zwischen Hanoi und Peking betonen sollte. Am 18. August traf To Lam zunächst in der südchinesischen Metropole Guangzhou ein, in der in den 1920er Jahren Ho Chi Minh revolutionäre Aktivitäten entfaltet hatte; im dortigen damaligen Hauptquartier der vietnamesischen Revolutionären Jugendliga äußerte er: „Möge die Freundschaft zwischen Vietnam und China auf ewig andauern.“ In Peking, wo er anschließend eintraf, wurde er mit 21 Salutschüssen empfangen – der höchsten Ehrung für einen auswärtigen Staatsgast –, bevor er mit seinem Amtskollegen Xi Jinping sowie mit weiteren Spitzenfunktionären wie etwa Ministerpräsident Li Qiang zusammenkam. Dann besuchte er die Gedenkhalle für Mao Zedong, wo er Chinas Unterstützung für Vietnams Unabhängigkeitskampf hervorhob. Die Botschaft war klar: Unter To Lam sollen die KPV mit der KPCh und Vietnam mit China gedeihlich und verlässlich kooperieren.

Selbstverständlich ist das nicht. Zwischen Vietnam und China besteht eine traditionelle Rivalität, die die beiden Staaten 1979 gar in einen Krieg



Zeit für eine Plauderei über Teesorten blieb auch noch: Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams und Präsident seines Landes besuchte seinen zweifachen Amtskollegen Xi Jinping in Peking.

gegeneinander trieb. In den 1980er Jahren lieferten sie sich bewaffnete Auseinandersetzungen um Inseln im Südchinesischen Meer und noch vor wenigen Jahren drohte ihr Konflikt um Hoheitsrechte in dem Gewässer gefährlich zu eskalieren. Die USA suchen sich dies zunutze zu machen; sie sind bemüht, Vietnam in ihrem Machtkampf gegen China an sich zu binden. Mehrfach sind US-Flugzeugträger in Vietnam zu Besuch gewesen; 2018 nahmen Vietnams Streitkräfte erstmals

am US-Pazifikmanöver RIMPAC teil und darüber hinaus unterhalten beide Seiten seit Jahren einen sogenannten Sicherheitsdialog. Bei einem Besuch von US-Präsident Joseph Biden im September 2023 in Hanoi werteten sie ihre Beziehungen sogar zu einer umfassenden Strategischen Partnerschaft auf. Schon zuvor hatte Vietnam dies mit Japan, Südkorea, Australien und Indien getan – sämtlich Staaten, die im Konflikt mit China an der Seite der USA stehen. Rund zehn Tage vor To Lams

Chinareise hatten die Küstenwachen Vietnams und der Philippinen darüber hinaus zum ersten Mal gemeinsame Übungen im Südchinesischen Meer durchgeführt.

Trotz alledem raten westliche Denkfabriken ihren Regierungen seit einiger Zeit, sich nicht allzu große Hoffnungen auf einen Schulterschluss mit Vietnam gegen China zu machen: Das Land werde an seinen „Vier Nein“ festhalten, hieß es zuletzt immer wieder – es werde keine Militärbündnisse eingehen,

keine auswärtigen Militärstützpunkte zulassen, keine Gewalt gegen fremde Staaten anwenden, außer zur Verteidigung, sowie in Konflikten zwischen den Großmächten für keine Seite Partei beziehen. Die „Vier Nein“ bekräftigte To Lam bei seinen Gesprächen in Peking in der Tat; und er hob zusätzlich hervor, China sei ein herausragender Kooperationspartner bei der sozioökonomischen Entwicklung Vietnams. Das trifft zu: Die Volksrepublik ist längst größter Handelspartner des Landes und einer seiner wichtigsten Investoren, zumal diverse chinesische Unternehmen ihre Produktion nach Vietnam verlegt haben, um US-Sanktionen und -Strafzölle zu umgehen. In den steigenden Exporten des Landes in die USA steckt, wenn man so will, immer mehr China.

Hanoi bleibt also dabei: Es kooperiert, ganz im Sinne echter Multipolarität, mit allen; das bezieht, nebenbei, auch Russland ein, dessen Präsident Wladimir Putin Mitte Juni zu einem Besuch in Hanoi eingetroffen war. Die KPV räumt zugleich, dies bestätigte jetzt To Lams Chinareise, der Zusammenarbeit mit der KPCh besondere Bedeutung ein. So einigten sich die Ho-Chi-Minh-Nationalakademie für Politik und die Zentrale Parteihochschule der KPCh jetzt, ihre Kooperation zu intensivieren. Vietnam wird auch weiterhin mit den USA und weiteren westlichen Staaten gemeinsame Aktivitäten entfalten. Gegen Peking in Stellung bringen lassen will es sich aber nicht.

Jörg Kronauer

Hoch die internationale Solidarität!

Die UZ-Friedenstage konnten viele Gäste aus dem Ausland begrüßen

Kein Frieden ohne internationale Solidarität – auch in diesem Punkt standen die UZ-Friedenstage ganz in der Tradition unserer Pressefestes. Gäste von kommunistischen und Arbeiterparteien, Befreiungsbewegungen und Jugendorganisationen aus aller Welt, Abgesandte der diplomatischen Vertretungen sozialistischer Länder, Vertreter von Friedens- und Solidaritätsorganisationen – UZ-Redakteurin Melina Deymann konnte während der Friedensmanifestation am Sonnabend über 30 Genossinnen und Genossen auf der Bühne begrüßen.

Besonders viel Beifall erhielten aus aktuellem Anlass die Vertreter der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP), mit der die DKP seit vielen Jahren enge Beziehungen pflegt. In einer Diskussionsrunde informierten sie über die aktuelle Lage in ihrer Heimat, insbesondere über den völkermörderischen Krieg Israels im Gazastreifen. Auch der Vorsitzende der Palästinensischen Gemeinde, George Rashmawi, rief in seinem Vortrag zu einem Ende der Besatzung auf: „Israel muss gezwungen werden, die besetzten Gebiete zu verlassen. Wir Palästinenser wissen, dass das einen hohen Preis kosten wird.“

Weniger im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit steht dagegen meist das Volk der Westsahara, das sich seit einem halben Jahrhundert gegen die Besatzung durch Marokko wehrt. Ein von der Vertreterin der Befreiungsfront Frente Polisario in Deutschland, Najdt Hamdi, präsentierter Dokumentarfilm über den auch kulturellen Widerstand der Saharai fand im ND-Gebäude am Franz-Mehring-Platz ebenso ein interessiertes Publikum wie Diskussionsrunden zur Armutsbekämpfung in China oder zu Britannien nach den Wahlen.

Leider kurzfristig verhindert war Kubas Botschafterin Juana Martínez González, doch an ihrer Stelle informierte Botschaftsrätin Dayana Rodríguez Gutiérrez kenntnisreich und

engagiert über die Situation ihrer Heimat, die ihre Revolution trotz der noch immer von den USA aufrechterhaltenen Blockade verteidigt. Sie räumte mit noch immer verbreiteten Vorur-

teilen auf, wenn sie etwa zur angeblich fehlenden Reisefreiheit feststellte: „Jeder Kubaner kann das Land verlassen und reisen, wenn er das Geld dafür hat“ – nicht anders als hierzulande

also. Beschränkungen, die es früher gegeben habe, seien bereits vor mehr als 15 Jahren aufgehoben worden. Im „Kubanischen Garten“, in den sich der Innenhof des ND-Gebäudes verwandelt hatte, gingen die Gespräche über die Situation des sozialistischen Kuba und über die nötige Solidarität noch bis tief in die Nacht.

Nur per Video zugeschaltet werden konnte aufgrund der Sanktionspolitik der Bundesregierung der Vertreter der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation. Doch trotz solcher Behinderungen fand der Austausch über die Lage der russischen Kommunistinnen und Kommunisten im Rahmen der Friedenstage statt. Intensiv diskutiert wurde auch mit dem Vertreter der Kommunistischen Partei von Belarus über die Politik seines Landes. Stefan Natke, Vorsitzender der DKP Berlin, berichtete über seine Erfahrungen bei der Solidaritätskarawane in den Donbass, die auf Initiative der italienischen Gruppe „Banda Bassotti“ regelmäßig Spenden für die Menschen in die von der Ukraine attackierten Gebiete transportiert.

Vor allem diejenigen befreundeten Parteien, die in Deutschland lebende Mitglieder haben, präsentierten sich auch an Infoständen, etwa die Kommunistischen Parteien der Türkei oder Chiles. Die Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Partei Griechenlands verteilten eine deutschsprachige Sonderausgabe ihrer Tageszeitung „Rizospastis“.

Als der Abbau der UZ-Friedenstage am Sonntagabend noch lief, teilten bereits die ersten begeisterten Rückmeldungen internationaler Gäste ein. Kraft haben sie gegeben, diese Friedenstage. Vor allem auch durch die internationale Solidarität.



Die Genossen aus Palästina während der Begrüßung der internationalen Gäste auf den UZ-Friedenstagen.

Foto: Martina Lennartz

Katja Schnitter

Gegen Kriege in die Betriebe

Vertreter des „Morning Star“ und der KP Britanniens diskutieren auf UZ-Friedenstagen

Der Wahlsieg der Labour Party, erhebliche soziale Ungleichheit, wochenlange rechte Gewalt: Darüber sprach Arnold Schölzel, UZ-Autor und Kommissarischer Chefredakteur der „jungen Welt“, am Samstagabend mit Gästen aus Britannien auf den UZ-Friedenstagen in Berlin. Ange-reist waren Bernadette Keaveney von der britischen Tageszeitung „Morning Star“, deren Chefredakteur Ben Chacko und Micaela Tracey-Ramos von der Internationalen Abteilung der KP Britanniens.

Schnell abgehakt war die Frage der Einschätzung des Labour-Siegs. Gewonnen habe Labour nur in Parlamentssitzen, unterstrich Ben Chacko. Tatsächlich sei die Partei heute unbeliebter als zu Jeremy Corbys Zeiten. In Teilen der Wirtschaft rechne er zwar mit Lohnsteigerungen, generell aber werde die Regierung von Keir Starmer den sozialen Kahlschlag der Vorgängerregierungen fortführen. „Wird die so fortgeführt, haben wir in zehn Jahren eine Situation wie in Frankreich“, befürchtet Chacko mit Blick auf die Wahlerfolge rechter Parteien südlich des Ärmelkanals.

Alle Gäste zeigten sich überrascht von den Ausbrüchen rassistischer Gewalt in den letzten Wochen. Die Linke müsse aktiver werden im Kampf gegen den Rassismus, forderte Tracey-Ramos. Dieser Rassismus sei eingebunden in die Geschichte des Kapitalismus. Die faschistische Rhetorik stamme zum großen Teil von der herrschenden Klasse Britanniens. Der Rechtsruck werde insbesondere von den Tories angeheizt, ergänzte Chacko. Deren Vorsitzender Rishi Sunak habe gemeinsame Zeitungsbeiträge gemeinsam mit der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni verfasst und die Rechte von Migranten stark beschnitten.



Nicht nur auf dem Podium, sondern ständig auch als Reporter auf den UZ-Friedenstagen unterwegs: Der Chefredakteur des „Morning Stars“ Ben Chacko (gestreiftes T-Shirt).

Von Deutschland aus betrachtet habe man den Eindruck, in Britannien werde schneller Widerstand geleistet, beobachtete Arnold Schölzel. Tatsächlich sei die Linke in Britannien zwar in der Lage, große Solidaritätsdemonstrationen für Palästina zu organisieren, antwortete Tracey-Ramos, ansonsten sei die Bewegung allerdings schlecht organisiert. Das Klassenbewusstsein sei in Britannien schwach ausgebildet und das politische System mache es schwer, neue Parteien zu etablieren. Die Kommunistin setzt auf die Stärkung der Gewerkschaften.

Der „Morning Star“ wende sich gezielt an Beschäftigte in Arbeitskämpfen, erzählte Bernadette Keaveney. Das Blatt berichte aus und über

Streiks, teils mit Sonderbeilagen, und werde kostenlos verteilt an streikende Arbeiter, auch an Teilnehmer von Palästina-Soli-Demos und antirassistische Aktivisten. „Das ist eine wichtige politische Entscheidung. Ohne sie wüssten viele Menschen in Britannien nicht, dass es eine Zeitung gibt, die an ihrer Seite steht.“

Was bleibt zu tun für Kommunisten in Britannien? Die KP Britanniens sehe ihre Hauptaufgabe darin, Klassenbewusstsein zu fördern, erklärte Tracey-Ramos. Ben Chacko ergänzte: „Wir sind in einer Ära permanenten Krieges. Der gegen China rückt immer näher. Es ist notwendig, gegen die etablierten Kriegsparteien vorzugehen.“

Valentin Zill

Verfolgung ausgeschlossen

Die Ukraine tritt dem Internationalen Strafgerichtshof bei – und schützt eigene Kriegsverbrecher

Am 21. August um 13.59 Uhr lief die Meldung über den Ticker der „Agence France Press“: „Ukraine – Parlament stimmt für Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof (IStGH)“. Keine fünf Minuten später kam das Lob aus Berlin. Das Baerbocksche Außenamt twitterte: „Russlands Krieg gegen die Ukraine ist auch ein brutaler Angriff auf das Völkerrecht. Die Ratifizierung des Römischen Statuts durch die Ukraine ist ein wichtiges Signal, das Völkerrecht und den IntlCrimCourt stärkt. Herzlich willkommen als 125. Mitglied!“

Die Ukraine hat sich ums Völkerrecht verdient gemacht – wie das? Mit 281 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme hat die Werchowna Rada, das ukrainische Parlament, das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ratifiziert und sich – auf den ersten Blick – damit auch der Verfolgung und Aburteilung von ukrainischen Kriegsverbrechen durch den IStGH unterworfen. Irgendwie muss man im deutschen Außenministerium die AFP-Meldung nicht ganz zu Ende gelesen haben. Im Kleingedruckten ist dort von einer Bedingung die Rede, enthalten in einer separaten Erklärung, die besagt, dass die Ukraine auf die nächsten sieben Jahre (also bis August 2031) die „Zuständigkeit des IStGH für die Verfolgung ukrainischer Bürger wegen Kriegsverbrechen nicht anerkennt“.

Völkerrecht à la Kiew. Die Ukraine bleibt sich treu, war sie dem Grundlagenvertrag des IStGH, dem Römischen Statut, doch auf Geheiß der Europäischen Union schon im Jahr 2000 beigetreten, hatte aber

den zur Wirksamkeit des Beitritts erforderlichen Parlamentsbeschluss 24 Jahre lang immer wieder aufgeschoben. In Kiew weiß man, warum. Die regierungsnah Plattform „opora.ua.org“ (Wahlspruch: „Unsere Überzeugung: Wir sind auf der Seite des Guten!“) verlautbarte zeitgleich zur Parlamentsabstimmung: „In der Tat werden die Risiken für die Streitkräfte vor Gericht beseitigt“, wenn die Ukraine diese Zusatzklärung abgibt. Nicht nur das. Mit der Ratifizierung, ohne sich den negativen Folgen des Statuts zu unterwerfen, sichert sich die Ukraine die Eintrittskarte, um sich auf internationaler Ebene des IStGH als Instrument gegen Russland zu bedienen.

Die Stellvertretende Justizministerin der Ukraine, Iryna Mudra, schrieb eine Woche vor der Abstimmung auf Facebook, die „Ukraine wird in der Lage sein: an den Versammlungen der IStGH-Mitgliedstaaten teilzunehmen, ihre Kandidaten für die Richterstellen zu nominieren; über Ausschüttungen des IStGH-Budgets mitzubestimmen, sich an den Wahlen von Richtern zu beteiligen (...), um die Entwicklung der Änderungen des Römischen Statuts zu beeinflussen, was für uns für den Schutz unseres Militärs von entscheidender Bedeutung ist“. Mudra sollte bei aller Euphorie nicht vergessen, dass die Entscheidungen über das Schicksal der Ukraine andernorts getroffen werden. Und auch der Zuspriech aus Berlin hat zwei Seiten, gilt hier doch das Dichterwort: „Die feinsten und zähesten Fesseln spinnt man aus Lob.“

Ralf Hohmann

Das Elend (mit) der Selbstverwaltung

Gemeindefinanzen lassen keine Spielräume mehr. NRW-Kommunen fürchten Flächenbrand



Der äußerliche Verfall der Städte spiegelt die inneren Verhältnisse.

Die Lage ist ernst, aber der Ausblick ist dramatisch.“ Mit diesen Worten fasste Thomas Eiskirch (SPD), Oberbürgermeister von Bochum und Vorsitzender des Städtetags NRW, die jüngste Erhebung zur finanziellen Situation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen in einem Interview mit WDR 5 zusammen. Die kommunalen Spitzenverbände hatten bei allen 396 Kommunen des Landes nachgefragt. Die Ergebnisse sprechen für sich: 348 Städte und Gemeinden bewerten ihre derzeitige Lage als „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Nur fünf Kommunen sehen sich in einer „eher guten“ Situation. „Sehr gut“ taucht gar nicht auf. Der Ausblick für die kommenden fünf Jahre wird in 217 Kammereien als „sehr schlecht“ und in 155 als „schlecht“ eingeschätzt.

„Investitionen in Schulen, Kitas oder Verkehr, die wir so dringend brauchen, sind kaum noch möglich. Die Auswirkungen spüren die Menschen vor Ort, wenn an allem geknappt werden muss“, kommentierten Eiskirch und Christoph Landscheidt (SPD), Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW, in einer gemeinsamen Presseerklärung. Kaum eine Stadt oder Gemeinde werde in den nächsten fünf Jahren noch einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Verantwortlich sei eine chronische Unterfinanzierung der Gemeinden. Seit dem Jahr 2009 habe sich die Summe der kommunalen Sozialausgaben verdoppelt. Zudem würden noch Mehrbelastungen durch die Corona-Politik und den Ukraine-Krieg abgestottert: 6,5 Milliarden Euro, „die die kommunalen Handlungsspielräume auf Jahrzehnte einschränken“. Hinzu kommen Altschulden und explodierende Zinsausgaben, die im kommenden Jahr mehr als eine Milliarde Euro verschlingen werden.

So angebracht der alarmierende Ton auch ist: Überraschend kommt das alles nicht. Die Gemeinden werden seit vielen Jahren in den Ruin getrieben. Auch die vermeintlich „besseren“ Zeiten vor Corona gingen mit einer massiven Unterfinanzierung und regelmäßigen Kürzungswellen bei Sozialem, Kultur oder Jugend einher. Ausgeglichene Haushalte waren, dort wo sie existierten, auf dem Rücken der Arbeiterklasse erkauft worden.

Im September des vergangenen Jahres wandten sich dann 355 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst (CDU). Sie warnten vor einer „beispiellosen Anhäufung von Belastungen“, die den „Fortbestand der kommunalen Selbstverwaltung gefährdet“. Im schönsten Beamtendeutsch klang das dann so: „Das krisengetriebene Zusammen-

wirken von stagnierenden Steuereinnahmen und Zuweisungskürzungen, stark steigenden Kosten für Sachaufwendungen und Personal sowie stetig neuen Erwartungen an Leistungen der Daseinsvorsorge überfordert die kreisangehörigen Selbstverwaltungsträger.“ Als besonders belastend wurden die stark ansteigenden Preise, die mangelnden Ressourcen zur Unterbringung von Geflüchteten und der unzureichend finanzierte Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung an Grundschulen genannt. Die Bürgermeister beklagten sich außerdem über die unklare Zukunft des Deutschlandtickets, die Pflicht zur Erstellung von Wärmeplänen, die mangelnde Beteiligung von Bund und Land bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und steigende Umlagen an Kreise und Landschaftsverbände. Der gegenwärtige Kurs werde zu Grundsteuererhöhungen führen, die „Bürgerinnen und Bürgern schlichtweg weder vermittelbar noch zumutbar“ seien. In den Gemeinderäten könne dann „nicht mehr gestaltet, sondern nur über Zumutungen entschieden werden“.

Die Bürgermeister forderten den Ministerpräsidenten auf, alle fiskalischen und haushaltsrechtlichen Ressourcen auszuschöpfen, um „den Kommunen wieder Handlungsspielräume zu verschaffen, welche die Bezeichnung „kommunale Selbstverwaltung“ auch verdienen“. Auf Gesetze, die die Kommunen weiter belasten, sollte verzichtet werden. Landesprogramme zur Schaffung von Wohnraum, mehr Geld für die Gemeinden und klare Regeln für die Ganztagschulen sollten Abhilfe schaffen – und zwar „umgehend“, wie das Schreiben

betonte. Selbstverständlich geschah jedoch nichts, weder „umgehend“ noch später. Inzwischen sind die Kürzungspotentiale vielerorts erschöpft. Nur noch 18 Kommunen in NRW werden einen ausgeglichenen Haushaltsplan aufstellen können. Eiskirch warnte im Gespräch mit WDR 5 vor einem „Flächenbrand“.

Absehbar ist, dass diese Warnung ebenso wie die vorangegangenen Appelle verpuffen wird. Die schwarz-grüne Landesregierung hat im Juni zwar einen Vorschlag zur Bekämpfung der Altschuldenproblematik unterbreitet, doch solche Ideen hat es in den vergangenen Jahren häufiger gegeben. Heraus kam dabei nichts. Diesmal will das Land insgesamt 7,5 Milliarden Euro über 30 Jahre zur Verfügung stellen, vorausgesetzt, der Bund steuere ebenso viel bei. Dieser Idee stehen Kassenkredite in Höhe von mehr als 20 Milliarden Euro gegenüber.

Dem Grundproblem, der strukturellen Unterfinanzierung und Überforderung der Gemeinden, kann ein solches Programm nicht abhelfen – selbst, wenn es umgesetzt würde. Denn dafür bräuchte es einen grundlegenden politischen Wandel. Zunächst müsste erkannt werden, dass die aktuelle Lage der Kommunen auch ein Ausdruck des gegenwärtigen Kriegskurses ist. Der Zerfall der öffentlichen Daseinsvorsorge ist eine Kehrseite von Aufrüstung und Waffenlieferungen. Hinzu kommt der seit Jahren vorangetriebene Abbau der kommunalen Selbstverwaltung. Denn was im Schreiben der Bürgermeister wie ein Betriebsunfall wirkt, ist Ausdruck einer langanhaltenden Tendenz.

Die kommunale Selbstverwaltung, wie sie etwa in der preußischen Städ-

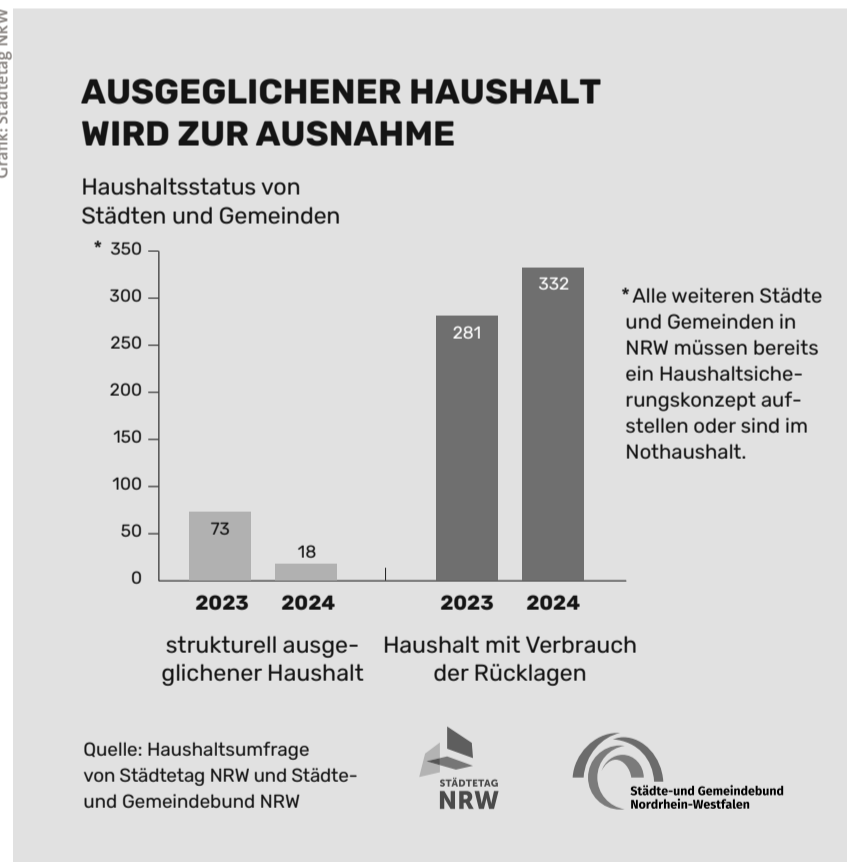


Dramatische Aussichten: Das Stimmungsbild in NRW-Kommunen.

teordnung von 1808 zum Ausdruck kam, diente einst der Verständigung eines aufstrebenden Bürgertums. In den Räten konnten Grundbesitzer und Bourgeoisie ihre örtlichen Interessen regeln. In Zeiten des Monopolkapitalismus wird sie mehr und mehr zum Störfaktor – haben doch international agierende Konzerne nur wenig Interesse, sich kleinteilig mit Stadtverwaltungen und lokalen Genehmigungsverfahren für ihre Projekte auseinanderzusetzen.

Insofern bleibt der Zwang zum dialektischen Denken und zum Abschied von Illusionen: Eine Selbstverwaltung von unten – die oft zitierte „Herzkammer der Demokratie“ – ist im bürgerlichen Staat nicht vorgesehen. Die Reste der von der ökonomischen und politischen Entwicklung überholten Selbstverwaltung des Grundgesetzes zu verteidigen ist dennoch Teil einer antimonopolistischen und friedensorientierten Politik.

Vincent Czesla



Schon in diesem Jahr wird kaum noch eine Gemeinde die „schwarze Null“ erreichen.

Anzeige



Johannes Zang
Kein Land in Sicht?
Gaza zwischen Besatzung, Blockade und Krieg

Mosaikartig skizziert der Journalist Johannes Zang Geschichte und Gegenwart des Gazastreifens, den er selbst rund 30 Mal besuchte. Er geht Ursachen und Folgen des Massakers vom 7. Oktober 2023 und des anhaltenden Krieges nach – gewidmet jenen israelischen und palästinensischen Stimmen, die allzu lange in den Wind geschlagen wurden.

ISBN 978-3-89438-835-5 | 279 Seiten | € 19,90

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de



Stefan Ripplinger
Kunst im Krieg
Kulturpolitik als Militarisierung

Ob Documenta oder Berlinale, ob Absagen von Preisen und Ausstellungen: Zählt nur noch eine Kunst, die kanalisiert und begrädigt ist? Und die selbst zur Regulierung beiträgt? Eine neu justierte Kulturförderung im Zuge von Corona, die Ausgrenzung russischer Künstler, eine kulturelle Containment-Politik angesichts des Gaza-Kriegs sind hier Stichworte. Wurde Kunst nicht einst für ihren Ungehorsam gepriesen?

ISBN 978-3-89438-836-2 | 135 Seiten | € 14,90

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Als 1932 die Zeichen auf Kapitaloffensive, Faschismus und Krieg standen, streikten Jugendliche für die Erhöhung des Wochengeldes, die Verlängerung des Urlaubs und gegen militärischen Drill und Aufrüstung und sagten: Ohne uns.

Als Helgoland 1947 durch die britische Besatzungsmacht als Übungsgelände für Bombenabwürfe genutzt wurde, besetzten Jugendliche die Insel und erzwangen die Einstellung der Bombenabwürfe. Sie sagten: Ohne uns.

Als die Bundesrepublik remilitarisiert werden sollte, organisierte die KPD mit vielen weiteren Friedenskräften eine Volksbefragung, bei der sich mehr als acht Millionen Menschen gegen die Remilitarisierung aussprachen. Jugendliche in ganz Deutschland mauerten Sprengkammern zu. Sie sagten: Ohne uns.

Wegen ihres Kampfes für den Frieden, gegen die Aufrüstung, wurden fortschrittliche Organisationen verboten, die FDJ und KPD in die Illegalität gedrängt, viele Menschen ins Zuchthaus

Andrea Hornung zum Widerstand Jugendlicher gegen Krieg gestern und heute

Eure Kriege – Ohne uns!

gesteckt, Philipp Müller im Jahr 1952 von Polizisten ermordet. Und doch ließ sich der Widerstand nicht kleinkriegen, und doch erstarkte die Friedensbewegung immer wieder, und doch sagten Jugendliche, Menschen in ganz Deutschland, immer wieder: Ohne uns.

Wenn jetzt wie in Bayern ein Bundeswehrgesetz beschlossen wird, das Zivildienst verbietet und Schulen und Universitäten zu engerer Kooperation mit der Bundeswehr verpflichtet, wenn Pistorius jetzt ankündigt, dass Schulen, Krankenhäuser, die gesamte Gesellschaft bis 2029 kriegstüchtig gemacht werden sollen, wenn Palästina-solidarische Vereine verboten werden, wenn

wegen Tragens von Kufijas Schulweise und Exmatrikulationen drohen, wenn die Waffenlieferungen an Israel verzehnfacht werden, deutsche Panzer wieder auf russischem Boden rollen, die Bundeswehr im Meer vor China übt, wenn demokratische Rechte abgebaut werden und die Wehrpflicht wieder eingesetzt werden soll, dann kann unsere Antwort nur lauten: Ohne uns!

Aus diesem Grund führt die SDAJ die Kampagne „Eure Kriege – Ohne uns!“ durch. Jugendliche stören die Auftritte der Bundeswehr auf Ausbildungsmessen, an Schulen und Universitäten, diskutieren den Aufruf „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg“ in

Gewerkschaftsjugend und Betrieben, machen klar, dass die NATO Kriege auf aller Welt für Kapitalinteressen führt und unser Hauptfeind der deutsche Imperialismus ist!

Mit der Wehrpflicht soll die Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft gerückt werden. Um den Widerstand abzuschwächen, soll sie dabei nicht mit einem Schlag eingeführt werden. Im ersten Schritt sollen Briefe an alle Jugendlichen geschickt werden, der Wehrdienst soll aber noch freiwillig bleiben. Schon jetzt wird aber um eine Ausweitung dieser ersten Form der Wehrpflicht diskutiert – die BRD rüstet zum Krieg und braucht dafür auch Menschen, die ihn für sie führen. Dagegen hat

die SDAJ gemeinsam mit dem SDS, der DIDF-Jugend und weiteren Organisationen das Jugendbündnis „Nein zur Wehrpflicht!“ gegründet. Die Jugendorganisationen rufen gemeinsam auf, zum Antikriegstag auf die Straße zu gehen, und meinen: Wir brauchen Entspannung statt Aufrüstung! Wir wollen uns nicht auch nur ein Jahr unseres Lebens nehmen lassen! Wir machen klar, dass eine Wehrpflicht auch für Frauen keine Gleichberechtigung bringt – statt gemeinsamem Dienst im Schützengraben wollen wir die tatsächliche Gleichstellung der Frau.

Wir sprechen uns gegen die sozialen Ersatzdienste für die Wehrpflicht aus, die die Situation in den unterbesetzten Bereichen nicht verbessert und uns als billige Arbeitskräfte ausnutzen soll. Wir machen gemeinsam deutlich: Es braucht mehr Geld für Soziales, Bildung und Gesundheit! Wehrpflicht und Aufrüstung – ohne uns.

Andrea Hornung ist Bundesvorsitzende der SDAJ



Screenshot: X / @WipferThomas

Arnold Schölzel zum Attentat von Solingen

Notlage des Kapitals

Ein Staat, der Jahr für Jahr 50.000 junge Leute ohne Abschluss aus seinen Schulen entlässt, leistet auch sonst für Daseinsfürsorge einschließlich der sogenannten Integration von Migranten immer weniger – proportional zum Auswerfen gigantischer Summen für Rüstung und Krieg.

Die „nationale Notlage“, die Friedrich Merz nach dem Attentat von Solingen stellvertretend fürs Berliner Regierungspersonal bis hin zum BSW am Montag nach dem Gespräch mit Olaf Scholz ausrief, ist daher seit vielen Jahren da. Einige aktuelle Kerngrößen: Sechs Jahre wirtschaftliche Stagnation, enorme Reallohnverluste, Verrottung der Infrastruktur mit Ausnahme jener Teile, die für den Aufmarsch Richtung Osten benötigt werden, generell eine gesellschaftliche Verrohung, die auf Zuspitzung der Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse zurückzuführen ist. Die US-Internetkonzerne und ihre „sozialen Netzwerke“ rücken Debatten systematisch nach rechts bis hin zu den mit ihrer Hilfe von Faschisten organisierten Pogromen in Großbritannien. Die Antwort der bürgerlichen Klasse auf wachsende Unzufriedenheit lautet: Mehr in die Spaltung der Arbeiter- und Friedensbewegung stecken, die Repression erhöhen.

Thilo Sarrazin, eine Verkörperung der dominant werdenden Symbiose von Deutschnationalen und Neonazis, stellte kurz vor Merz' Ausrufung der „nationalen Notlage“ sein neuestes Buch vor. Es hätte auch vom CDU-Vorsitzenden sein können. Laut Sarrazin hat das Attentat in Solingen erneut bewiesen, dass „Integrationserfolge gar nicht vorhanden sind, auch nicht nach Jahren.“

Wohl wahr. Es fängt mit der verlogenen Vokabel „Integration“ an: Migranten sind keine Außerirdischen. Sie brauchen Bildung, funktionierende Schulen, qualifizierte Lehrer. Nicht „integriert“ sind die 50.000 Jugendlichen, die jährlich ohne Schulabschluss auf die Straße geworfen werden.

Die Herrschenden schlafwandeln nicht in Krieg und Krise. Für Krieg fördern sie sogar die soziale Auflösung. Denn ihr politisches Personal ist im Sinne von Domenico Losurdo beauftragt, den „vertikalen“, den sozialen Rassismus zu verschärfen und den „horizontalen“, den nationalistischen Rassismus dafür zu nutzen.

Die wieder einmal aus dem Ruder laufende Hetze gegen Migranten besagt: Die Wiederbelebung der Gewerkschafts- und Friedensbewegung wird dringender.

Grün auf Amerikanisch

Was Baerbock und Co. in Übersee lernen könnten – Eine Kolumne von Hartmut König

Jüngst gab die Präsidentschaftskandidatin der Grünen Partei der USA, Jill Stein, der „Berliner Zeitung“ ein Interview. Um es vorwegzunehmen: Auf die Frage, wie sie die Politik der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock beurteile, antwortete sie mit einem Satz: „Wir halten sie für sehr gefährlich und schlecht informiert.“ Der scharfe Ton ergibt sich aus einer diametral entgegengesetzten Bewertung der Weltlage. „Wir sind gegen die Politik des extrem rücksichtslosen und aggressiven amerikanischen Imperiums“, sagt Jill Stein. Die USA hätten eine Reihe von Kriegen geführt, die Millionen Menschen auf der ganzen Welt getötet und das Land enorme Summen gekostet hätten. Aber nach jeder Niederlage sei man in den nächsten Krieg gezogen. Als die USA endlich aus Afghanistan abgezogen waren, hätten sie sich „innerhalb kürzester Zeit voll auf die Ukraine gestürzt“. Der Ukraine-Krieg hätte vermieden werden können, die Spannungen seien aber durch die USA geschürt worden. Das Versprechen, dass die NATO keinen Zentimeter nach Osten vorrücken werde, sei von Bill Clinton gebrochen worden, und man sei sich durchaus über die Konsequenzen dieser Politik im Klaren gewesen. Die Ukraine, sagt Stein, hätte einen neutralen Status

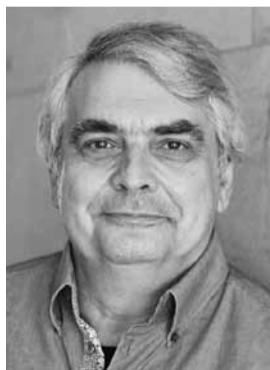
einnehmen können. Nun sei die Lage extrem gefährlich, noch verschärft durch die Stationierung amerikanischer Tomahawk-Mittelstreckenraketen in Deutschland.

Und weiter auf dem Erdball: Besorgt darüber, dass sich China zur aufstrebenden Wirtschaftsmacht entwickelt, versuchen die USA das Ukraine-Spiel auch im Fernen Osten, indem sie die Bewaffnung Taiwans vorantreiben. Die Lage drohe auch hier „völlig aus dem Ruder zu laufen“. Und was den Nahen Osten betrifft, so habe der amerikanische Präsident in früherer Zeit Israel angewiesen, sich aus dem Libanon zurückzuziehen. Möglichkeiten, die militärischen Optionen zu ändern, seien also durchaus gegeben. Aber das amerikanische Volk zahle weiterhin einen hohen Preis für eine Militärpolitik, die „uns im Grunde verarmt und die ganze Welt gefährdet“.

Da reibt sich der friedensbewegte deutsche Leser die Augen. Macht es Sinn, sein ramponiertes Verhältnis zur Polit-Farbe Grün zu überdenken? Es scheint Gegenden auf dem Globus zu geben, wo sich noch immer grüne Politik mit weltpolitischer Vernunft und eben dadurch auch ökologischem Verantwortungsbewusstsein den drängenden Menschheitsfragen stellt.

Ein hoffnungsvolles Oliv dort, während man hierzulande längst am tarnfarbigen Khaki verzweifelt ist, das die Baerbocksche Führungsriege in bellizistischer Vernarrtheit als alternativloses Grün verkauft. Indes: Die Alternative für bundesdeutsches Khaki wäre das Oliv der Jill Stein. Aber hier versagt die Amerikahörigkeit der auf NATO-Kurs gebürsteten bundesgrünen Führungsphalanx. Die wird Steins Ansichten womöglich als „unamerikanisch“ verwerfen und verstehen, warum die Demokratische Partei bestrebt war, solches Grün vom US-Wahlzettel zu streichen. Stein wird nicht erreichen, wofür die grüne Führungsequipe hierzulande den Gründergeist ihrer Partei preisgab und woran sie trotz herber Vertrauensverluste noch immer all ihre Hoffnungen kettet: Macht im Staat.

Da hilft kein Stoßgebete. Jill Steins Credo wird bei der hiesigen Grünen-Führung ante portas bleiben. Vorerst wenigstens. Die Regierungspründe sind zu lecker und die berausenden Verführungsdüfte der Macht im grünen Karree längst nicht verweht. Khaki bleibt. Es wird vom großen Kapital gewünscht und anstandslos geliefert. Aber das amerikanische Grün bohrt ja doch. Versteckte man es nicht, sondern holte es in die hiesigen Debatten, dann würde wohl so manches Rumoren an der grünen Basis lauter. Seltener Vorgang – ein Roter wie ich hat einen amerikanischen Traum. Das gibt's ausnahmsweise auch.



Günter Pohl zur Wiedereröffnung des Turms der Garnisonkirche

Weiter ohne Würde

„Das Wow-Wahrzeichen – erleben Sie Potsdam barrierefrei auf 57 Metern“, wirbt die Homepage der Garnisonkirche für einen Besuch des im Krieg zerstörten und soeben neu eingeweihten Turms.

Es braucht statt einer Aussichtsplattform eine Militärkirche, um sich die Stadt von oben anzuschauen? Die Garnisonkirche wurde zwischen 1730 und 1735 gebaut und verrät sich schon durch ihren Namen als Zeugnis des preußischen Militarismus und des nationalistischen Wahns, dem dieses Land in regelmäßigen Abständen verfällt. Ein Wahn, der in ebenso regelmäßigen Abständen von außen beendete werden muss und über den man sich gerade in Zeiten, wo man ihn vorantreibt, umso lauter echauffiert und seine Zurückweisung zur Staatsräson erhebt.

Denn der immer wieder neue Versuch, sich einen Weg zur Weltmacht zu formen, soll dadurch unentdeckt bleiben, dass man ihn angeblich bekämpft. So wie nach Brecht sich die Dummheit unsichtbar macht, indem sie riesige Ausmaße annimmt, so bricht sich das „Immer wieder“ Bahn, indem es sich als „Nie wieder“ ausgibt.

Bundespräsident Steinmeier hielt bei seiner Eröffnungsrede der Garnisonkirche am 22. August für wichtig, dass „wir

Geschichte nicht beschönigen, nichts ausklammern, was unangenehm werden könnte“. Wer wie Steinmeier als damaliger Außenminister im politischen Rahmen der EU und für die NATO den ukrainischen Nationalisten und Rechtsextremisten den Weg zur Macht in Kiew ebnete, hat angesichts der Unterstützung für Südafrikas Apartheid, Pinochet-Diktatur oder Ustascha-Faschisten nicht etwa nichts aus der eigenen Geschichte gelernt, wie manche der BRD-Außenpolitik seit 1949 nachsagen, sondern er wendet sie vielmehr konsequent auf dem Weg der Restauration des Nationalismus an und geht dafür über Leichen – zur Zeit sind das wieder russische.

Der Nationalismus ist bekanntlich das, was bleibt, wenn es an Selbstwert mangelt. Die kaum zu verunsichernden Bewohner der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires sagen dagegen scherzhaft-selbstkritisch, dass ihnen der beste Blick über die Stadt gelingt, wenn sie sich auf ihr eigenes Ego stellen. Vielleicht brauchen die Entscheider des Nachfolgestaats Preußens und des Dritten Reichs die 57 Meter Leichenberge, um einen Wow-Effekt zu bekommen, weil es ihnen an dem fehlt, was dem gesunden Menschen Würde und Selbstbewusstsein sind.

Endlich Befreiung!

Peter Gingold schildert in seinem Buch „Paris – Boulevard St. Martin No. 11“ die Befreiung von Paris

Die Befreiung von Paris 1944 beginnt Mitte August mit einem Generalstreik. Bald darauf kommen die französischen Widerstandskämpfer aus ihren Verstecken und wagen den offenen Kampf gegen die deutschen Truppen. Am 19. August erhebt sich die Bevölkerung gegen die deutschen Besatzer. Alliierte Truppen werden zur Unterstützung der Widerstandskämpfer nach Paris entsandt. Am 26. August findet eine große Siegesparade in Paris statt. Wir dokumentieren aus diesem Anlass einen Auszug aus Peter Gingolds „Paris – Boulevard St. Martin No. 11“, indem er seine Zeit in der Résistance schildert. Wir danken dem PapyRossa Verlag für die Nachdruckerlaubnis.

Ein Jubelschrei! Aus dem Rundfunk erfuhren wir von der Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944. Endlich begann die so lang ersehnte Eröffnung der Zweiten Front. Ich kann unsere Gefühle nicht beschreiben. Welch eine Hoffnung, damit das Ende des Krieges, die Befreiung zu erleben! Wie fieberten wir dann mit jedem Tag: Schaffen sie es, den Brückenkopf zu halten? Über uns immer mehr Kampfflugzeuge, die Bomben abwarfen, die ganz in unserer Nähe einschlugen. Von unserem Häuschen aus konnte ich Otto Niebergalls (*Verbindungsmann der KPD zur Résistance, Anm. d. Red.*) illegales Quartier neben der Brücke über die Oise sehen. An einem Morgen flogen wieder die Bomber über uns. Ich beobachtete sie und sah zu meinem Entsetzen eine auf die Brücke gezielte Bombe direkt auf das kleine Häuschen unseres Chefs fallen. Mit der Schippe in der Hand lief ich wie verrückt zum Häuschen, nach wenigen Minuten war ich dort und dachte, ich müsste ihn ausgraben: Wie atmete ich auf, als ich sah, dass das Häuschen stand, Otto Niebergall unverseht war und sich nur vom Schrecken erholen musste.

BBC-London meldete trotz großer Verluste bei der Eroberung des Brückenkopfs Erfolge, was immer die Wehrmacht entgegenzusetzen vermochte. Es ist nicht zu beschreiben, wie gespannt wir dem dumpfen Klopfen aus Beethovens 5. Symphonie, dem Erkennungszeichen von BBC-London, lauschten, wie wir die Meldungen über den Vormarsch der alliierten Truppen in der Normandie buchstäblich aufsaugten. Nun wurde mehr und mehr zur Wirklichkeit, was wir so sehnlichst erträumt hatten. Der Tag unserer Befreiung näherte sich. In unserer Zeitung „Volk und Vaterland“ war die Hauptlosung: „Macht jetzt Schluss mit Hitler und seinem Krieg! Rettet von Deutschland, was noch zu retten ist, vor allem Euer Leben!“ Und wir teilten die Wahrheit über die Kriegssituation mit. Gerade jetzt brauchten die Wehrmachtssoldaten unsere Informationen. Jetzt konnten diese ihre Wirkung entfalten, denn längst war der Nimbus der Unbesiegbarkeit der deutschen Wehrmacht verflogen. Von Otto Niebergall erfuhr ich von seinem Kontakt zu Oberstleutnant Caesar von Hofacker im Stab des in Paris ansässigen Militärbefehlshabers West der Wehrmacht. Er sei grundsätzlich einverstanden mit unserer Losung: Bewaffneter, geordneter Rückmarsch der deutschen Truppen aus Frankreich hinter die deutsche Reichsgrenze, um Hitler zu stürzen und allen mit Deutschland im Krieg befindlichen Ländern den Frieden anzubieten.

Das geheime Treffen zwischen Hofacker und Otto Niebergall fand in einer Villa im Pariser Stadtteil Neuilly statt. Interessant ist, wie der Kontakt zwischen beiden eigentlich zustande kam. Es gehörte zu den wichtigsten Aufgaben der TA (*Travail allemand, Sektor der Résistance, Anm. d. Red.*), für die Résistance Kontakte mit Angehörigen der Wehrmacht herzustellen, die eventuell die Résistance unterstützen würden. Diese Aufgabe konnten nur unsere Frauen und Mädchen leisten. Für mich wäre es ein reiner Zufall gewesen, im Gespräch mit einem Soldaten oder Offizier auf einen Hitler-Gegner zu stoßen. Die deutschen Soldaten schauten sich nach Mädchen um, doch für eine Französin wäre es eine Schande gewesen, sich mit einem von ihnen einzulassen. So nahmen unsere Mädchen Kontakt auf und versuchten im

Gespräch, seine Gesinnung herauszufinden. Gegenüber einem Mädchen machte ein Soldat aus seinem Herzen keine Mördergrube. Erst dann, wenn sie heraushörten, dass er kriegsmüde war und gegen den Krieg und Hitler eingestellt, haben sie sich mit ihm wieder verabredet und auch ein Flugblatt oder eine Zeitung von uns gezeigt, das sie angeblich auf der Straße gefunden hatten. Waren unsere Mädchen überzeugt, dass der deutsche Wehrmachtss-

Offizier Kontakt mit dem Verantwortlichen der deutschen Gruppe in der Résistance wünsche. Er hatte Monate später am 20. Juli 1944, am Tag des Attentats der Offiziere auf Hitler, bereits in Paris die gesamte SS und Gestapo verhaften lassen und wollte den Rückmarsch beginnen – auch dann noch, als bereits klar war, dass das Attentat auf Hitler gescheitert war. Er hatte aber die Kommandantur gegen sich, die zunächst hierzu bereit gewesen war, sich aber feige zurückzog, als die Meldung kam, dass Hitler überlebt hatte. Oberstleutnant César von Hofacker wurde verhaftet und später hingerichtet. (...)

Dann kam, was wir seit der Landung der Alliierten und ihren Erfolgen täglich erwartet haben: Der Aufruf zum Aufstand. Otto Niebergall und ich schnappten unsere Fahrräder und rollten, so schnell wir konnten, nach

schen Streitkräften zu gelangen, um sie zur Aufgabe zu bewegen. Mit einer Ausnahme haben wir das jedoch nirgendwo geschafft. Meist waren unsere Parlamentäre froh, wieder heil aus dem Kessel zurückzukommen. Ich versuchte es am Palais du Luxembourg, kam aber nicht voran, weil keine Feuerpause eintrat, bis schließlich das Palais gestürmt wurde, so dass die Einkesselten nun doch in Gefangenschaft gerieten. Fortwährend versuchten sie, mit Panzern auszubrechen, vorzustoßen und walzten dabei manche Barrikade nieder. Mehrere Panzer wurden mit Molotowcocktails in Brand gesetzt. Viele Soldaten fanden den Tod, es gab aber auch viele Tote unter den Aufständischen. Der Aufstand wurde besonders durch die französische Polizei unterstützt, die als erste den Aufruf zum Generalstreik befolgte.



Eine Pariserin bejubelt die Befreiung ihrer Stadt von den deutschen Truppen am 25. August 1944.

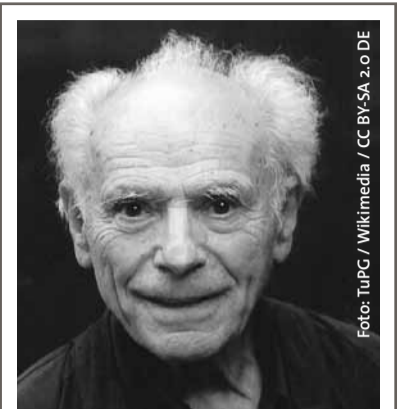
angehörige tatsächlich gegen die Nazis war, dann haben sie sich offenbart und ihn aufgefordert, die Résistance zu unterstützen. Das war jetzt in der veränderten Kriegssituation möglich, wo der Glaube an den Endsieg geschwunden war, die Bomben auf die Heimatstädte fielen und sich die Niederlagen an der Ostfront häuften. Die Wehrmachtssoldaten, die in diesem Land ein wunderschönes Leben wie „Gott in Frankreich“ geführt hatten, fürchteten nun nur eines, nämlich an die Ostfront und damit in den Tod geschickt zu werden. Da war objektiv die Situation gegeben, sie zu gewinnen. Und unsere Mädchen haben nicht wenige von ihnen gewinnen können.

Ich singe das Hohe Lied auf unsere Frauen und Mädchen. Was sie unter ständigem Einsatz ihres Lebens geleistet haben! Eines unserer wunderschönen Mädchen, es war eine deutschsprachige Ungarin, fand auf diese Weise die Verbindung zu dem Fahrer von Oberstleutnant César von Hofacker. Alle unsere Flugblätter und Zeitungen, die er nun erhielt, gab er seinem Chef weiter, dessen Gesinnung er kannte. Über seinen Chauffeur ließ Hofacker mitteilen,

Paris. Je mehr wir uns Paris näherten, umso mehr Aufständischen begegneten wir, gekennzeichnet mit einem blauweiß-roten Armband mit den Buchstaben F. F. I. („Forces Françaises de l'Intérieur“ – Französische Streitkräfte des Innern). Und dann sahen wir schon die Trikolore aus Fenstern heraus flattern. Welch unbeschreibliches Gefühl! In Paris befanden wir uns mitten im Aufstand. In den wichtigsten Durchgangsstraßen, den Boulevards, waren Barrikaden errichtet. Männer, Frauen und Kinder hatten alles Mögliche zum Bau der Barrikaden herbeigeschleppt. Bäume wurden zum Errichten der Barrikaden gefällt, die voraussichtlich nicht den Panzern standhalten würden.

Otto Niebergall legte für uns Deutsche den Treffpunkt fest, wo wir uns regelmäßig treffen sollten, um unseren Einsatz zu besprechen. Jetzt lernte ich zahlreiche andere Genossen kennen, mit denen ich vorher nie Berührung gehabt hatte, und wir bildeten kleine Gruppen. Eine unserer wichtigsten Aufgaben war, in Absprache mit der Leitung des Aufstandes als Parlamentäre der FFI mit weißen Fahnen zu versuchen, zu den eingekesselten deut-

Es ist hier nicht meine Aufgabe, die ganze Geschichte des Pariser Aufstandes niederzuschreiben. Der Generalsekretär des „Komitees der Bewegung Freies Deutschland“, der spätere Schriftsteller Harald Hauser, den ich dort kennenlernte, wollte im Auftrag des Komitees einen Appell in deutscher Sprache über Radio Paris an die Einkesselten richten. Mit unseren Fahrrädern, nur damit konnten wir uns in Paris bewegen, machten wir uns auf den Weg zum Radio. Ich begleitete ihn. Als wir die Seine überquerten, wurden wir von einem Panzer beschossen. Wir konnten uns nur dadurch retten, dass wir die Räder hinwarfen, in der Deckung der Brückenbrüstung auf die andere Seite hinüberkrochen, in einem Hauseingang Schutz suchten und abwarteten, bis der Panzer wieder abdrehte. Daraufhin habe ich kriechend die beiden Räder geholt und dann setzten wir den Weg fort. Noch bevor Harald Hauser seinen Aufruf verbreiten konnte, war Paris befreit. Die amerikanischen Truppen standen noch weit vor den Toren von Paris. Einer französischen Panzereinheit unter General Leclerc gelang es, von Süden her nach



Peter Gingold (1916 – 2006) war einer der profiliertesten jüdischen Widerstandskämpfer und Kommunisten in der Bundesrepublik. Besonders seit den 70er Jahren trat er als Redner auf politischen Kundgebungen gegen Naziaufmärsche und als Zeitzeuge in Schulen und bei Jugendgruppen auf. Er berichtete über die Zeit des aufkommenden Faschismus in Deutschland, Exil in Frankreich und Widerstand in den Reihen der Résistance (Illegitimität, politische Agitation unter deutschen Besatzungssoldaten, Flucht aus den Fängen der Gestapo und Teilnahme am Aufstand zur Befreiung von Paris 1944). Den 8. Mai 1945 erlebte er in Turin mit der italienischen Resistenza. Zurückgekehrt nach Deutschland, gestaltete er dort den politischen Neuanfang aktiv mit, musste jedoch erleben, wie er und seine Familie danach fast zwei Jahrzehnte der erneuten Verfolgung, der Ausbürgerung und des Berufsverbots erlebten. Seine Maxime: „Nie aufgeben!“

Paris einzudringen. Sie wurde mit Blumen überschüttet, bejubelt von der Bevölkerung, die Soldaten von den jungen Mädchen abgeküsst. Der Kommandant der deutschen Streitkräfte, General Dietrich von Holtitz, kapitulierte. Er wurde unter dem Siegesjubel der Bevölkerung von der FFI in Gefangenschaft genommen. Tags darauf nahm der Kommandant des Pariser Aufstandes, der Kommunist Henri Rol-Tanguy, die Kapitulationsurkunde entgegen.

Aber es fanden auch entsetzliche Szenen von Selbstjustiz gegenüber Kollaborateuren statt. Da entlud sich der Zorn gegen die Verräter. Das war grässlich. Mädchen, denen – umringt von Johlenden – auf der Straße die Haare abgeschnitten wurden, manche bekamen noch ein Hakenkreuz aufgemalt. Das taten in keinem Fall die Résistancekämpfer. Bei einem Volksaufstand kommt immer auch ein Teil des Pöbels hoch, der nach dem Sieg seinen Heldenmut bezeugen will.

Viele, die wir als „les résistants de la dernière minute“ bezeichneten, die Widerstandskämpfer der letzten Minute; und auch solche Offiziere, die jetzt in ihren Uniformen herumliefen, die wir „les naphtalines“ nannten. Damit meinten wir jene, die bis dahin nichts getan hatten, nun aber dabei sein wollten und aus ihren Schränken ihre Uniformen herausholten, die nach Mottenpulver rochen.

Dann kam der Einmarsch der amerikanischen Truppen. Sie wurden von den Massen jubelnd umarmt, fast erdrückt. Unbeschreiblich mein Hochgefühl, als ich mit Freudentränen am Straßenrand stand. Der Einmarsch von General de Gaulle. Und ich stand unter Hunderttausenden Jubelnden auf den Champs-Élysées. Paris libre! Paris libre!

Gingold, Peter:
Paris – Boulevard St. Martin No. 11
 Ein jüdischer Antifaschist und Kommunist in der Résistance und der Bundesrepublik
 6. Auflage, erschienen im Juli 2019,
 14,90 Euro
 Zu bestellen im UZ Shop:
uzshop.de

Eine entschiedene Ermutigung

Grußwort von Dietmar Dath an die UZ-Friedenstag in Berlin

Die allergrauenvollsten Abschnitte der Weltgeschichte sind diejenigen, in denen selbst ein rechter Sozialdemokrat merkt, was los ist. Er versteht es nicht, aber er merkt's und sagt's immerhin.

Olaf Scholz hat also am 27. Februar des Jahres 2022 das Wort „Zeitenwende“ in den Bundestag geschmissen. Es ist wahr, eine Wende findet ja statt, wenn es bislang normal vorwärts aus der Vergangenheit in irgendeine Zukunft ging, schön oder nicht, aber jetzt in die Gegenrichtung gehen soll. Rückwärts. Wer schon ein paar Minuten länger in dieser Bundesrepublik zuhause ist, reibt sich die Augen: Sogar eine Raketenstationierung ist jetzt wieder angesetzt, wie damals im „heißen Herbst“ 1983.

Damals hieß der rechte Sozialdemokrat im Chafessel Helmut Schmidt, aber der Name ist egal, diese Sorte Sozialdemokratie kennt man seit 1914. Zeitenwende also: Statt wenigstens, was traurig genug wäre, im Namen eines halbwegs erträglichen Burgfriedens zwischen den Klassen dafür zu sorgen, dass die sogenannte digitale Transformation als jüngste Version der brutalen Trennung aller arbeitenden Menschen von der Verfügung über die allerneuesten Produktionsmittel in Europa nicht ganz so hals- und verbrecherisch läuft wie in den USA, weil hier immerhin Reste von Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu retten wären, liest Scholz lieber vor dem Einschlafen im Bett Kataloge voller Luftabwehrsysteme, Kamikazedrohnen und Mittelstreckenraketen drin. Im Schlaf, bei bösen Träumen, bestellt er dann mit unruhigem Gemurmel den ganzen Dreck über Alexa bei Amazon.



Voller Platz bei der Eröffnung der UZ-Friedenstag am Freitagabend

1983 war die Kriegsvorbereitung noch umständlicher, denn die Grünen waren dagegen. Deren Milieublatt, die sogenannte „Tageszeitung“ (die sich vielleicht der Überschaubarkeit halber in Tageszeitenwendung umbenennen sollte), hat auch heute was zu mäkeln, aber diesmal nur an der Form,

nicht am tödlichen Inhalt solcher Politik. Da heißt es dann: „Olaf Scholz hat mit den USA den Raketen-Deal klandestin verhandelt“; so beschwert sich Stefan Reinecke in der TAZ vom 14. August. Das Hintenrum-Gemache, findet er, sieht nicht schön aus. Man hätte besser ein bisschen im Parla-

ment diskutiert, hin und her, wie im Pro-und-Contra-Schulaufsatz, der ja auch immer ein bereits vorher feststehendes Resultat hat.

Dann hätten die Leute im Land nämlich gemerkt, wie kompliziert das alles ist, und seufzend mitgemacht, denkt der TAZ-Kommentator. Aber

Scholz hat nicht diskutieren lassen und das Ergebnis ärgert den TAZ-Menschen jetzt sehr, wie er schreibt: „In diesem diskursiven Vakuum geidehen Ängste, die von Populisten wie Sahra Wagenknecht benutzt und geschürt werden. Die Krieg-oder-Frieden-Agitation des BSW ist beschämend unterkomplex.“

Ja ja, die Welt sieht für diejenigen, die einem bereits beschlossenen Wahnsinn noch entgegenstehen, immer so einfach aus. Schade, nicht? Ich wünsche mir sehr, dass alle, die diesen Gruß von mir hier hören, hinreichend kommunistisch informiert sind, um dergleichen Geschwätz von der Komplexität einer in Wirklichkeit skandalös simplen Sache zu durchschauen. Ich gehe eigentlich davon aus, dass ihr Bescheid wisst. Und schließe daher meine entschiedene Ermutigung, dieses Bescheidwissen überall, im Bekanntenkreis, beim Wählen, in der Zeitung der DKP und wo immer sonst, zur Tat werden zu lassen, mit ein paar Worten unseres alten Freundes Bertolt Brecht zur angeblichen Kompliziertheit der Probleme von Leuten wie Scholz oder der TAZ-Redaktion: „Ihre Kompliziertheit ist die Kompliziertheit der Unordnung, ihre Arbeit dient der Aufrechterhaltung und Vergrößerung der Unordnung, aus der sie Gewinn ziehen.“

Brecht meinte ein wirtschaftliches Durcheinander, aber wir wissen, es läuft auf ein militärisches hinaus, das uns umbringen will. Nein, wir machen da nicht mit.

Dietmar Dath ist Schriftsteller und Journalist

Nein zur Stationierung von US-Raketen in Deutschland!

Rede von Lühr Henken auf den UZ-Friedenstag in Berlin

Die bilaterale Vereinbarung zwischen den Regierungen der USA und Deutschlands vom 10. Juli 2024 in Washington, ab 2026 auf US-Stützpunkten in Süddeutschland US-amerikanische Mittelstreckenraketen SM-6 und Dark Eagle sowie Marschflugkörper des Typs Tomahawk in unbekannter Anzahl zu stationieren, muss alle Menschen in Deutschland und Europa in höchstem Maße besorgen und sie herausfordern, so laut es geht Alarm zu schlagen. Was als Abschreckung verkauft wird, erweist sich als strategische Offensivoption gegen Russland. Was als Entspannungsübung deklariert wird, vergrößert in unerhörtem Maße die Atomkriegsgefahr in Deutschland und Europa.

Abschreckung gegen Russland setzt voraus, dass damit ein bevorstehender Angriff Russlands auf NATO-Territorium abgewendet werden soll. Wir kennen die Aussage von Verteidigungsminister Pistorius: „Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein.“ Die unbewiesene Begründung für seine Forderung ist, dass Russland nach dem Ukraine-Krieg in fünf Jahren so sehr aufgerüstet habe, dass es beispielsweise das Baltikum angreifen würde. Dem könne nur Einhalt geboten werden, wenn Deutschland bis dahin zur Abschreckung dessen massiv aufgerüstet habe.

Auch ich bin dagegen, dass Russland in der Lage ist, ein NATO-Land anzugreifen. Generell gilt die militärische Faustregel, dass ein Angreifer in einem Krieg etwa über die dreifache Kapazität an Soldaten und Kriegswaffen verfügen muss als der Verteidiger, um einen Krieg für sich zu entscheiden. Das aktuelle Kräfteverhältnis zwischen Russland und der NATO weist hier ein drastisches Übergewicht zugunsten der NATO aus. Die NATO verfügt über das Dreifache an Soldaten, das Vielfache bei schweren Waffen des Heeres und der Luftwaffe

und bei der Marine über das Dreifache beziehungsweise das Achtfache. Wenn man dann noch die Militärausgaben hinzunimmt, ergibt das für dieses Jahr 1.475 Milliarden Dollar für die NATO und 110 Milliarden für Russland. Ein Angriff Russlands auf NATO-Gebiet käme seinem Untergang gleich. Die NATO verfügt bereits heute über weit mehr als ein ausreichendes Abschreckungspotenzial.

Die neuen US-Waffen in Deutschland verfolgen nicht den Zweck der Abschreckung. Sie sind Bestandteil eines neuen geostrategischen US-Konzepts, das seit 2016 intensiv verfolgt wird, lange vor dem 24. Februar 2022. In diesem weltumspannenden Multi-Domain-Operations-Konzept (MDO) soll durch weitreichende Präzisionswaffen wie Hyperschallraketen, Künstliche Intelligenz und verzugsloses Zusammenwirken der drei Teilstreitkräfte mit den Weltraumkräften und dem Cyberraum Russland und China dauerhaft in einen Alarmzustand versetzt werden. Es geht dabei zuallererst um Schnelligkeit. In einer aktuellen Broschüre des Planungsamts der Bundeswehr heißt es dazu wörtlich:



Lühr Henken bei der Friedensmanifestation

Ziel der MDO ist es, „dem Gegner im Grunde nur noch schlechte Reaktionsmöglichkeiten zu geben und möglichst seine Ressourcen zu überfordern, sei es Zeit, Personal, Material.“

Die US-Waffen gegen Russland sollen voraussichtlich im bayerischen US-Stützpunkt Grafenwöhr stationiert werden, denn deren Kanoniere

sind bereits vor Ort. Das Kommando der Multi-Domain-Task-Force ist in Wiesbaden, das Oberkommando in Stuttgart. Die Hyperschallrakete Dark Eagle trifft Ziele jenseits des Urals (mehr als 3.700 Kilometer), die Tomahawk fliegt 2.500 Kilometer, die SM-6 1.600 Kilometer weit. Sie können zwei Drittel der strategischen Frühwarnradare und auch zwei Drittel der in Silos gelagerten strategischen Interkontinentalraketen Russlands unter Bedrohung setzen. Das untergräbt das nuklearstrategische Gleichgewicht zwischen den USA und Russland. Hinzu kommt, dass die strategische Offensivwaffe Dark Eagle aufgrund der extrem hohen Geschwindigkeit, sehr hohen Treffgenauigkeit und nicht vorhersehbaren Flugmanövern ihres losgelösten Gleitflugkörpers nicht abfangbar ist. Sie ist speziell auf zeitkritische Hochwertziele, wie Menschen, ausgerichtet, die in dem Mo-

ment getroffen werden sollen, wenn sie sich mal nicht bewegen – wie die Präsidenten Russlands und Chinas. Es handelt sich bei Dark Eagle um eine geostrategische Angriffswaffe, die, vergleichbar mit den Pershing II vor 40 Jahren, auf die Enthauptung des politischen Gegners ausgerichtet ist. Ihre Stationierung in Deutschland erhöht

die Spannungen zwischen Deutschland und Russland drastisch. Sie hat mit der Abschreckung Russlands nichts zu tun, sondern provoziert Russland zu einem Präventivangriff auf Deutschland. Aufgrund der geringen Vorwarnzeiten werden russische Fehlinterpretationen wahrscheinlicher, was wiederum falsche militärische Reaktionen fördert.

Als erste Reaktion nach Bekanntwerden des ersten erfolgreichen Dark-Eagle-Tests am 28. Juni hat Russland sein einseitiges Moratorium aufgehoben, so lange keine Boden-Boden-Raketen aufzustellen, wie es die USA auch nicht tun. Putin kündigte die Herstellung neuer Nuklearwaffen an. Wer meinte, durch neue US-Raketen in Deutschland dem Frieden zu dienen, dreht in Wirklichkeit weiter an der Rüstungsspirale.

Die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen droht ein irreparables Desaster hervorzurufen. Sie ist brandgefährlich. Bundeskanzler Scholz muss die Stationierungsentscheidung zurücknehmen, um Schaden von Deutschland und Europa abzuwenden. Die Konflikte zwischen der NATO und Russland müssen anders als militärisch gelöst werden.

Die Bevölkerung muss zu mutigen, zahlreichen und vielfältigen Aktionen animiert werden. Es geht um unser aller Überleben. Ich zähle dabei auf die zuverlässige und einsatzfreudige Unterstützung von euch, von DKP und SDAJ. Eine erste Gelegenheit ist die zahlreiche Teilnahme an der bundesweiten Friedensdemonstration in Berlin am 3. Oktober 2024.

Lühr Henken ist Ko-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag und arbeitet mit in der Berliner Friedenskoordination

Lühr Henken ist Ko-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag und arbeitet mit in der Berliner Friedenskoordination

Lühr Henken ist Ko-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag und arbeitet mit in der Berliner Friedenskoordination

Lühr Henken ist Ko-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag und arbeitet mit in der Berliner Friedenskoordination

Lühr Henken ist Ko-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag und arbeitet mit in der Berliner Friedenskoordination

Lühr Henken ist Ko-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag und arbeitet mit in der Berliner Friedenskoordination

Friedensdemonstration in Berlin am 3. Oktober 2024: nie-wieder-krieg.org

„Jugend, Frieden, Sozialismus!“

Heiße UZ-Friedenstag begeistern Freunde und Mitglieder von DKP und SDAJ

Viele hatten den ersten der UZ-Friedenstage schon am Donnerstagabend hinter sich, als Björn Blach, der Verantwortliche des Sekretariats der DKP, verschwitz und verschmitzt den Aufbauhelfern verkündete: „So, Feierabend für heute. Wir haben viel geschafft und die eigentlich für heute schon vorgesehenen Kühlanlagen kommen morgen auch noch – so lange müssen wir warmes Bier trinken. Prost!“ Die Kühlanlage kam dann auch, sonst wäre es angesichts der Hitze, die drei Tage über dem Franz-Mehring-Platz hing, wohl unerträglich geworden. Aber die Stände waren aufgebaut und auch die roten Fahnen hingen draußen und drinnen in den Sälen, die jetzt noch leer und erwartungsvoll waren.

Die vor solchen Ereignissen immer in der Luft hängende Frage, wie viele wohl kämen, wich schon am späten Freitagnachmittag der freudigen Verblüffung, wie schnell sich Vorplatz, Innenhof und die Säle für die Diskussionsrunden füllten. Als pünktlich um 18 Uhr die ersten Runden begannen, musste niemand vor leeren Stühlen reden, und schon als zwei Stunden später Jörg Kronauer sein neues Buch über die „Welt ohne Hegemon“ und das „Ende der westlichen Vorherrschaft“ vorstellte, mussten sich die ersten auf den Boden setzen, weil kein Stuhl mehr frei war – und das, obwohl gleichzeitig draußen auf der Hauptbühne Tino Eisbrenner die Leute von den Bänken riss bei dem, was viele, die dabei waren, mit strahlendem Gesicht als „geile Sause“ bezeichneten. Das Fest war eröffnet.



Von Freitag bis Sonntag: Gute Stimmung auf dem Platz vor dem ND-Gebäude und der Bühne

Mit diesem Schwung ging es denn nach einer kurzen Sommernacht am Samstag weiter mit dem österreichischen Dialektrock von Betty Rossa und einer Diskussionsrunde im mit 130 Stühlen größten und traditionsreichen Münzenbergsaal zum Beitrag der Künstlerinnen und Künstler gegen den Krieg, in denen Eisbrenner konstatierte,

„die Kläffer gegen uns sind weniger, aber aggressiver geworden; es gibt eine zunehmende Nachdenklichkeit über das, was hier passiert“, und die Vernetzung der Künstler beschwor, die sich im Umfeld von DKP, PdL und BSW befänden. Das war dann für eine Weile die letzte nicht völlig überfüllte Veranstaltung in diesem Saal, so wie auch das Gedränge im Kultursalon bei Lesungen, Diskussionen und Filmen den Neid jedes Kinobetreibers erzeugt hätte. Die Debatte über die „Zeitenwende“ zog fast 200 Menschen in den stickigen Saal, die Orientierung suchten und fanden über die Zeit, in der wir leben. Sie sogleich die Klarheit der Argumentation gegen die US-Erstschlagswaffen, die diese SPD-geführte Bundesregierung ins Land holen will, in sich auf. Sie folgten nachdenklich den Darlegungen von Patrik Köbele über das unbedingte Muss, die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften aus dem Kriegskurs der Herrschenden herauszulösen, und machten durch ihren Beifall deutlich, dass sie den Ruf von Reiner Braun ins Land tragen werden, alles zu tun, um die Demonstration am 3. Oktober in Berlin zu einem Signal für den Frieden werden zu lassen.

Und draußen auf den Treppen lachten und scherzten Jugendliche mit und ohne Kufija, tummelten sich hunderte vor der Bühne bei Achim Bigus, Tobias Thiele und Calum Baird, fielen sich Dutzende mit strahlender Wiedersehensfreude in die Arme, die sich im kubanisch beherrschten Innenhof verabredet hatten, um endlich mal wieder zu quatschen und Pläne zu schmieden für neue Aktionen – wenn sie denn einen Platz fanden. Der einzige ruhige Ort in diesem Getümmel war der Raum des Schachturniers der SDAJ, in dem lediglich die Schachuhren klickten.

Und dann kam dieser unglaubliche Samstagabend. Das Reinkommen ins Gebäude war schwierig kurz vor 18 Uhr, weil alle herausströmten aus den Diskussionsrunden und von den langen Büchertischen, die alles belegt hatten, was drinnen noch an Platz war im traditionsreichen ND-Gebäude. Sie wollten dabei sein bei der Friedensmanifestation für Palästina, für ein Ende des Krieges gegen Russland und der auf China zielenden Aufrüstung. Gina Pietsch schlug mit ihrer unter der Haut gehenden Degenhardt-Hommage an Wolgograd, das für immer Stalingrad bleibe, den Bogen vom letzten Krieg gegen Russland zum heutigen. Andrea Hornung, Vorsitzende der SDAJ, zeichnete den Weg von der „Ohne uns!“-Bewegung der FDJ und KPD in den 1950ern bis zur heutigen Kampagne der SDAJ gegen die drohende

neue Wehrpflicht nach – immer wieder angefeuert durch die Sprechchöre der vielen SDAJler, in die dann auch die Älteren einstimmen: „SDAJ und DKP tun den Monopolen weh!“ Als sich anschließend vor der Hauptbühne über 30 internationale Gäste aus Bruderparteien, Botschaften sozialistischer Länder und Befreiungsbewegungen versammelt hatten, Patrik Köbele eine mitreißende Rede für Frieden mit Russland und China hielt und die „Internationale“ mit einer Kraft erscholl, die das ND-Gebäude lange nicht mehr gesehen hatte, hätte dieser Tag schon als voller Erfolg enden können.

Das tat er aber noch nicht. Die 20-Uhr-Diskussionsrunden waren wieder voll, als sei das Bedürfnis nach Klarheit, Gedankenaustausch und Orientierung unersättlich. Im Saal beim „Abend gegen den Krieg“ mit Gina Pietsch und Bardo Henning, beim Austausch über kommunistische Kommunalpolitik oder beim Palästina-Solikonzert mit der Premiere der „Internationale“ als Rap fand jede und jeder das, was Herz und Hirn brauchten. Und auch das war immer noch nicht das Ende der Party. Im „Seminarraum“ der SDAJ wurden die Stühle beiseite geräumt, der Saal war voll mit stehenden Jugendlichen und Andrea Hornung hielt ihre zweite große Rede dieses Tages, in der sie den „Appell an die Jugend“ von Esther Bejarano

und Peter Gingold für die heutige Zeit übersetzte. Die lauten Rufe „Jugend, Frieden, Sozialismus! Jugend, Frieden, Sozialismus!“ bei dieser bescheiden als „Verbandstreffen“ angekündigten Manifestation waren wie eine Zusammenfassung des Geistes dieses UZ-Friedensfestes.

Draußen auf der Bühne gab es derweil schottische Lieder für Völkerverständigung und Frieden und überall erste Resümees dieses Festes. Begeistert waren alle von sich, ihrer Partei und ihrem Jugendverband. Zustimmung gab es für die Ankündigung des Parteivorsitzenden, sich 2026 wieder ein richtig großes UZ-Pressfest zu erkämpfen. Klar, wenn Gebäude fühlen und sprechen könnten, hätte das ND-Gebäude nach diesen Tagen schnurrend gesagt, so wohl hätte es sich seit 1989 nicht mehr gefühlt. Aber ebenso klar war und ist: Diese Partei kann und will künftig wieder größere Räume und Plätze füllen. Als Melina Deymann für die UZ-Redaktion „diesen zweiten großartigen Tag“ offiziell mit der Empfehlung beendete, sich jetzt „noch ein Bier zu holen“, war immer noch nicht Schluss, und es blieb bei dem einem oder anderen auch nicht bei einem Bier oder einem Mojito.

Das kleine Wunder nach dieser heißen Augustnacht war, dass am nächsten Morgen wieder alle da waren zur Feier des 75. Geburtstages der DDR – aber das ist einen eigenen Artikel wert.

Manfred Sohn



So oft Wiedersehensfreude



Immer wieder: „Hoch die internationale Solidarität!“



Und überall – die UZ



Auf dem ganzen Fest: Solidarität mit Palästina

Foto: Martina Lemnitz

Foto: Shari Deymann

Foto: Denner / redmediabase

Foto: UZ

Foto: Shari Deymann

Der Klang einer neuen Welt

Die Künstlerinnen und Künstler auf den UZ-Friedenstagen



Foto: Martina Lennartz

Für einen überfüllten Platz sorgten am Freitag Eisbrenner & Tatanka Yotanka

Mucksmäuschenstill war es auf einmal auf dem rappelvollen Platz vor dem ND-Gebäude, als bei der großen Friedensmanifestation Bardo Henning die ersten Töne anschlug und Gina Pietsch begann, „Wolgograd“ von Franz Josef Degenhardt zu singen. Es sollte einer der ganz wenigen Momente bleiben, in denen es still war auf dem Franz-Mehring-Platz.

Hier stand die Bühne, auf der sich ein Großteil des Kulturprogramms der UZ-Friedenstage abspielte. Doch auch drinnen wurde kulturell einiges geboten: Die UZ-Autoren Jenny Farrell und Ken Merten lasen aus ihren Büchern, die Schauspielerin Christa Weber begleitete einen Vortrag zur Leningrader Blockade mit einer Lesung. Der Filmemacher Johannes Hör stellte seinen jüngsten Film vor und Claudia Opitz vom OK-Projekt und Dieter Klemm zeigten und diskutierten die Verfilmung von „Mumien.

Kantate für Rockoper“ von „Floh de Cologne“. Das OK-Projekt hat den Film gemacht, Klemm war einer der „Flöhe“. Am Samstagabend konnten dann diejenigen, die bei der Friedensmanifestation auf den Geschmack gekommen waren, gemeinsam mit denen, die sich schon vorher darauf gefreut hatten, Gina Pietsch und Bardo Henning bei ihrem Abend gegen den Krieg lauschen.

Draußen ging es ab Freitag vor vollen Bänken zur Sache. „Musikandes“ aus Saarbrücken begeisterten die Zuhörer, nicht anders erging es dem Theatermusiker und Liedermacher Tobias Thiele und dem schottischen Singer/Songwriter Calum Baird. Als sich schließlich Eisbrenner & Tatanka Yotanka auf den Weg zur Bühne machten, mussten eiligst die Bänke an die Seite geschafft werden, der Ansturm war groß, viele waren eigens für den Rockpoeten Eisbrenner gekommen. Ans Sitzen dachten die wenigsten.

Samstag ging es an der Hauptbühne Schlag auf Schlag: Den Anfang machte das immer kämpferisch-optimistische Duo Bettyrossa & Kapelle (Gigs) gefolgt von den Hamburger Politfolk-Rockern Schenzer & Wilke. Mit ein wenig Verspätung und etwas abgehetzt (Danke, Berliner Verkehrsbetriebe!) betrat dann noch einmal Tobi Thiele die Bühne – und legte, als wäre bei der Anreise nix gewesen, ein tolles Programm hin, dessen Liebeslieder an Havanna bestens zur brennenden Sonne von Berlin passten.

Die hielt die Leute nicht davon ab, auch den Arbeiterliedern der „RotFuchs“-Singe Gruppe zu lauschen. Achim Bigus spielte zwar vor leeren Bänken, aber begeisterten Zuhörern, die sich auf den Schattenplätzen knubbelten.

Erich Schaffner und Michael Letz begeisterten danach die immer noch

nach Schatten Suchenden mit ihrem Programm – wie bei vielen, war auch bei ihnen der Ansturm der Zuschauer, die nach dem Programm Lob loswerden wollten, so groß, dass es für die nächsten schwer war, zur Bühne durchzukommen.

Auf die Friedensmanifestation, die mit der laut erschallenden Internationale, begleitet von Hartmut König an der Gitarre und Michael Letz am Klavier, endete, folgte das Solidaritätskonzert mit Palästina. Die Schauspielerin Christa Weber eröffnete es mit dem bewegenden „Gedicht aus Gaza“ von Ramy Baroud. Als dann die Rapper Masur, Tenor und S.Castro auf der Bühne waren, war der Platz voll mit Menschen, voll mit Kufijas und voll mit Palästina-Fahnen. Lauthals erscholl die Forderung „Free Palestine!“ aus den zumeist jungen Kehlen. Als das Konzert zu Ende war, dauerte die Enttäuschung der jungen Zuschauer nur kurz – jubelnd machten sie sich auf zum Verbandstreffen der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend. Das restliche Publikum ließ sich auf die eilig wieder rangeschafften Bänke fallen und sah und hörte dem Beweis zu, dass Kultur, dass Musik ein wunderbarer Beitrag zur Völkerverständigung ist. Einer aus Berlin, einer aus Schottland, traten gemeinsam Tobias Thiele und Calum Baird auf.

Bei den Verantwortlichen fingen am späten Samstagabend dann leider die Telefone an zu klingeln. Um eins vorwegzunehmen, es ist alles nochmal gut ausgegangen. Aber die Kubanerin Neyda Terry Verdecia, die den Sonntag bei den Friedenstagen eröffnen sollte, musste ins Krankenhaus und Kutlu von „Bejarano & Microphone Mafia“ zu einem familiären Notfall eilen. Aber am Sonntagmorgen

waren die Sorgen zum Glück vorbei und so konnten wir dem Publikum von allen wenigstens herzliche Grüße ausrichten – und das feste Versprechen, beim nächsten Fest von DKP und UZ wieder dabei zu sein.

Die, die dabei waren, haben am Sonntag gezeigt, dass Solidarität für die Teilnehmer und Mitwirkenden der UZ-Friedenstage nicht nur ein leeres Wort ist. Niklas, der die Genossinnen und Genossen vom Jugendverband schon am Freitagabend begeistert hatte, suchte spontan seine Gitarre, um zehn Minuten später auf der Bühne zu stehen und einen der nun verwaisten Slots zu füllen – und um begeistert zu verkünden, wie sehr er sich auf Hartmut König freut und wie sehr darüber, vor ihm spielen zu dürfen. Der kam kurz darauf von der tollen und begeisternden DDR-Matinee angeflitzt und brachte großen Schwung für seinen Auftritt mit. Die Zuschauer auf einem schon wieder überfüllten Platz feierten nicht nur Hartmut Königs legendäre Songs wie „Sag mir, wo du stehst“, sondern auch die jüngeren Werke gegen alte und neue Kriegstreiber.

Am späten Samstagabend hatten sich schon – noch erschöpft vom gerade erst bewältigten Auftritt – Tobias Thiele und Calum Baird bereit erklärt, für Bejarano und Microphone Mafia einzuspringen. Und so konnten die UZ-Friedenstage, die dank der vielen Künstlerinnen und Künstler auch ein Friedensfest waren, zu Liedern ausklingen, die von Kuba träumen, von der Revolution und einer besseren Welt. Und mit ganz praktisch gelebter Solidarität. Vielen Dank an euch alle.

Melina Deymann



Foto: Martina Lennartz

Pointiert und bissig: Erich Schaffner und Michael Letz



Voller Platz, hervorragende Stimmung



Verliebt in Havanna: Tobias Thiele



Foto: Shari Deymann

Spontan dabei: Niklas



Ost-West-Treffen: Hartmut König und Dieter Klemm



Hommage an die SU: Gina Pietsch und Bardo Henning



Foto: Tom Brenner

Fulminante Eröffnung: Daniel Osorio von Musikandes



Foto: Martina Lennartz

Für Palästina: S. Castro und Kollegen



Foto: Martina Lennartz

Auch nach dem Auftritt mit viel Spaß: Betty Rossa und Kapelle (Gigs)

Friede auf unserer Erde!
Friede auf unserem Feld!
Dass es auch immer gehöre
Dem, der es gut bestellt
B. Brecht, FRIEDENSLIED (frei Neruda)



Unsere Genossin
Margret Taepler
geb. 8. 1. 1939 gest. 18. 8. 2024

Unsere Genossin ist mit 85 Jahren nach langer Krankheit gestorben. Margret war zusammen mit ihrem Ehemann, unserem Genossen Karl – und auch nach dessen Tod, solange es ihre Gesundheit zuließ –, eine stets aktive Genossin und hat als solche an unserem Gruppenleben teilgenommen und sich unermüdlich für unsere Partei eingesetzt; es war ihr eine selbstverständliche Verpflichtung, in Wahlkämpfen viele Unterschriften für die Kandidatur der DKP zu sammeln. Wir trauern um Margret und werden ihr Andenken in Ehren halten.

Die Genossinnen und Genossen der
DKP Gelsenkirchen

**Subbotnik in der Karl-Liebnecht-Schule
vom 20. bis 22. 9. 2024**

In der KLS gibt es auch nach der Sanierung viel zu tun. Das kleine Team vor Ort braucht Unterstützung. Daher laden wir zum nächsten KLS-Subbotnik vom 20. bis 22. 9. 2024 ein.

Es stehen Aufräum- und Reinigungsarbeiten sowie leichte handwerkliche Tätigkeiten an. Daher kann jede/jeder helfen! Meldet euch bitte unter kls@dkp.de an!

Noch sind Plätze bei folgenden KLS-Seminaren frei:

**13. bis 15. September 2024:
Kommunalpolitik**

**4. bis 6. Oktober 2024:
Betrieb und Gewerkschaft**

**30. Oktober bis 3. November 2024:
Grundlagenkurs**

**22. bis 24. November 2024:
Aufbau des Sozialismus in der DDR**

Weitere Infos: <https://kls.dkp.de/veranstaltungen/>

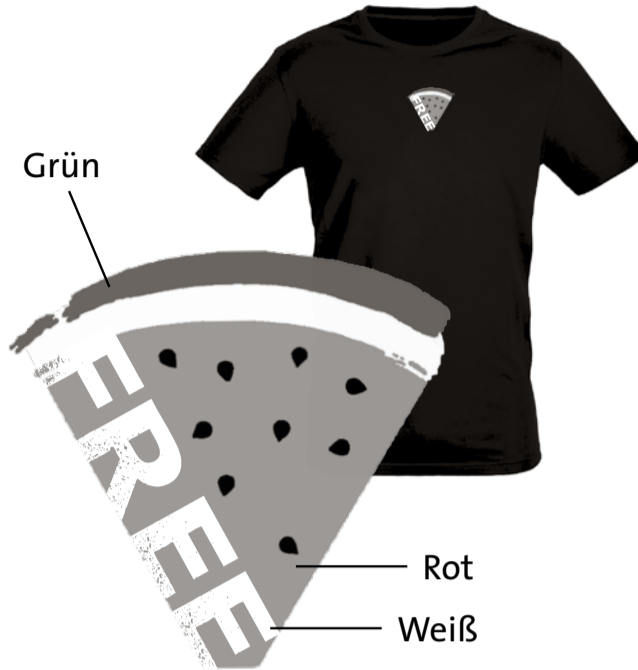
Helft mit, die KLS zu erhalten!

Jetzt zum Subbotnik oder zu den Seminaren anmelden, spenden und dem Förderkreis beitreten!



Spendenkonto
DKP-Parteivorstand | GLS-Bank
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01
Verwendungszweck: KLS

free palestine!
Neue T-Shirts im UZ-Shop



T-Shirt schwarz oder weiß.
3-farbiger Druck, Logo ca. 8 cm, Brusthöhe
100 % Bio-Baumwolle, fair gehandelt
Größen XS bis 4XL | 19,90 Euro uzshop.de



Unser Freund und Genosse
Reiner Liebau
wird am 4. September 2024
75 Jahre alt



Seit vielen Jahren führt Reiner mit seiner ideologischen Weitsicht unsere Gruppe durch alle Höhen und Tiefen. Wir schätzen Reiner als klugen Freund und Genossen.

Lieber Reiner, wir gratulieren dir recht herzlich und wünschen dir weiterhin viel Gesundheit und das nötige Stehvermögen in dieser hochkomplexen und unruhigen Zeit, wo viele Signale auf „Krieg“ stehen.

Lass uns weiter gemeinsam für eine friedliche und gerechte Welt kämpfen, dass „nie wieder geschehe, was geschah“!

Deine Genossinnen und Genossen
der Kreisorganisation Minden

Blumen für Stukenbrock

**MAHNEN UND GEDENKEN
zum Antikriegstag 2024
Samstag, 7. September**

Sowjetischer Soldatenfriedhof, Stukenbrock

**15.00 Uhr Niederlegen von Kränzen
und Blumen am Obelisken**

15.30 Uhr Gedenkansprache
Dr. Ulrich Schneider Generalsekretär
der Internationalen Föderation
der Widerstandskämpfer (FIR)



**1. Mai 2025
in Havanna**
mit
Kuba
Cuba Libre
und
Unsere Zeit



- ★ Havanna
- ★ Santa Clara
- ★ Cienfuegos
- ★ Playa Giron

- * 1. Mai – Teilnahme an Demonstration und Feier in Havanna
- * Havanna: Historische Altstadt, Revolutionsmuseum, Centro Fidel Castro
- * Treffen mit internationalen Soligruppen
- * Besuch von Kultureinrichtungen und Treffen mit Künstlern
- * Santa Clara: Revolutionsmuseum, Che-Guevara-Mausoleum
- * Besuch von ökologischen und Umweltschutzprojekten
- * Besuch einer Kaffeefabrik
- * Treffen mit Vertretern einer Gewerkschaft und der PCC
- * Besuch des Nationalparks Montemar

Informationen und Anmeldung: Telefon 0221 - 240 51 20
cuba-libre@fgbrdkuba.de * thomas.brenner@unsere-zeit.de



Eintritt frei
Musik am Park

30. August bis 1. September 2024

**Achim Bigus
Halvlang Duo
Duo Jaana
Redflower**

**Back to the Roots
Loving the Sun**



Das neue
Musikfestival
An und in der
Karl-Liebnecht-
Schule
Am Stadtpark 68
in Leverkusen

unsere zeit



**Sagen,
was ist!**

Ich möchte gerne: Die UZ sechs Wochen probelesen
 Weitere Informationen über die DKP

Name _____
Vorname _____
Straße, Hausnr. _____
PLZ / Ort _____
E-Mail _____
Telefon _____

**6 Wochen
gratis
probelesen –
digital und
print**

**Auf den Spuren
der Revolutionäre**
mit
Kuba
Cuba Libre
und
Unsere Zeit
1. bis 16. Dezember 2024



**Auf den Spuren
der Revolutionäre**

- ★ Santiago de Cuba
- ★ Bayamo
- ★ Comandancia la Plata
- ★ Camagüey
- ★ Santa Clara
- ★ Cienfuegos
- ★ Playa Girón
- ★ Havanna

Historische Orte
der Revolution
Begegnungen und Gespräche
mit Veteranen und
jungen Revolutionären

Informationen und Anmeldung: Telefon 0221 - 240 51 20
cuba-libre@fgbrdkuba.de * thomas.brenner@unsere-zeit.de



**Urlaub im Lotsenhaus
an der Ostsee**

(14 km von Stralsund)
3 komfortable Fe.-Wo.

Erich und Michaela Bartels
Näheres: Tel. 03831 – 459 366
www.ferien-im-lotsenhaus.de

**Karl Rehnagel
„Kolumne oder so zwo“**
Von Heiratsanträgen und
der Hölle, von Nicht-Boulen,
Korn und Alltagssorgen. Von
Unterhosen und Glück, von
Uwe, Kaugummibäumen
und der Deutschen Bank.
Von verfluchten Nazis.
Und Caipirinha.
6 Euro / uzshop.de

Cuba
14.11-02.12.2024

Mit uns Land und Leute
kennenlernen
★ Havanna 1.690,00€
★ Trinidad zzgl. Flug
★ Schweinebucht
★ Santa Clara,
www.cuba-dortmund.de
Telefon: 0231- 47 95 82

Toskana, nah am Meer

www.toskana-biohof.de | 0039.0566.81478
Ökohof im Olivenhain,
weiter Blick, Stille;
große helle Zimmer,
viele gute Bücher,
Haus oder Häuschen;
Kinderparadies.

Zeitzeugen berichten vom KPD-Verbot

Voller Saal in Kiel: Wie war das eigentlich in der Illegalität?

Volles Haus. Mehr als 50 vorwiegend junge Menschen kamen am 16. August in Kiel zu einer Zeitzeugenveranstaltung zum KPD-Verbot vom 17. August 1956. Die drei Referenten Bernd Sorge, Jan Roschmann und Heinz Stehr berichteten über die Situation, die zum Verbot der KPD führte, und über ihre Erfahrungen in der Illegalität. Sie schilderten den Kampf gegen die Remilitarisierung und gegen die Spaltung Deutschlands, erzählten vom massiven Antikommunismus in dieser Zeit und schließlich von der Neukonstituierung als DKP.

Im Mittelpunkt standen ihre Berichte über die illegalen Betriebsgruppen auf den Werften in Flensburg, Hamburg und Kiel. Die drei berichteten über die Verfolgung während des Faschismus und das Aufwachen in der Nachkriegs-BRD, über die Konflikte mit alten Nazis und staatliche



Foto:DKP Kiel

Spannende Zeitzeugenveranstaltung im Naturerlebnis-Zentrum Kollhorst in Kiel

Repression. Die konkrete Repression nach dem Verbot erlebten sie, aus kommunistischen Elternhäusern kommend, alle: ob Hausdurchsuchungen, Haft oder berufliche Einschränkungen.

Aber nicht nur die Repressionen waren Thema, berichtet wurde auch über gewerkschaftliche Arbeit, Bildungsarbeit in der DDR während der Illegalität und die Anleitung in der Illegalität. All dies stieß auf großes Interesse. Nach vielen Nachfragen und Antworten endete die Veranstaltung mit der Betonung der Friedensfrage sowie des Antifaschismus. Als Umgang mit Repression kann auch heute noch gelten: so legal wie möglich, so illegal wie nötig!

Die Veranstaltung wurde mitgeschnitten und wird Anfang Oktober von der DKP Kiel online zu Verfügung gestellt.

Florian Hainrich

termine@unsere-zeit.de

FR ★ 30. AUGUST

Dortmund: Antikriegsfilm „Die Brücke“ zum Antikriegstag 2024, Bündnis Dortmund gegen Rechts u. a., Taranta Babu, Humboldtstraße 44, 18 Uhr

Duisburg: Kundgebung „Nie wieder Krieg! Für Frieden und Abrüstung!“, Bündnis Heizung, Brot und Frieden Duisburg, Lifesaver-Brunnen, Königstraße 13, 17 Uhr

SA ★ 31. AUGUST

Berlin: Filmvorführung „Ich war neunzehn“ (Konrad Wolf, DEFA, 1967), Coop Anti-War-Café, Rochstraße 3, 19 Uhr

Bonn: Fiesta Moncada mit Live-Musik, kubanischer Küche, Cocktails und Zigarren, Kinderspielen, Botschaft der Republik Kuba mit Kuba-AG der DKP, SDAJ u. a., Botschaft der Republik Kuba, Kennedyallee 22 – 25, 15 bis 20 Uhr

Lauchhammer: Veranstaltung zum Antikriegstag mit Patrik Köbele (Vorsitzender der DKP), Singe-Club Ernesto Che Guevara, Schotenschule und Crossing Lifelines, DKP-Grund-einheit Textilarbeiter, Anmeldung nötig: 03574 4675651, Leinenweberei, Rosenweg 2, 18 Uhr

SO ★ 1. SEPTEMBER

Dortmund: Filmvorführung „Fasia: Von trutzigen Frauen und einer Troubadora“, Sweetsixteen-Kino im Depot Dortmund, 17 Uhr. Eintritt: 5 Euro (3 Euro)

Duisburg: „Uranwaffen sind Atomwaffen“ mit Brigitte Queck (Initiatorin Mütter gegen den Krieg), Marx in Marxloh, Deutscher Freidenker-Verband Duisburg, Jugend- und Kulturzentrum, Kaiser-Wilhelm-Straße 284, 11 Uhr

Heraus zum Antikriegstag!

Termine und Infos:
friedenskooperative.de/
antikriegstag2024

DI ★ 3. SEPTEMBER

Gera: „Die ermordete Revolution – Chile 1973“ mit Marlon Topper, Stadt- und Regionalbibliothek Gera, Bibliothek am Puschkinplatz, 17 Uhr. Eintritt frei

MI ★ 4. SEPTEMBER

Dortmund: „Der Polizeimord an Mouhamed Dramé: Gerechtigkeit vor Gericht?“ mit Valentin Zill, VVN-BdA Dortmund, BierCafé West, Lange Straße 42, 19 Uhr

DO ★ 5. SEPTEMBER

Frankfurt am Main: Exkursion „Frankfurt, die Bergstraße und die demokratische Revolution!“ mit Peter Feldmann, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Anmeldung nötig: uzlinks.de/riesling, Städtisches Weingut, Limpurgergasse 2, 9 bis 18.30 Uhr. Kostenbeitrag: 15 Euro

Schwerin: „75. Jahrestag – Was bleibt von der DDR?“ mit Egon Krenz, RotFuchs-Regionalgruppe Schwerin, Begegnungsstätte der Volkssolidarität Quartier Friedrichs, Friedrich-Engels-Straße 38, 16 Uhr

FR ★ 6. SEPTEMBER

Bochum: Ausstellungseröffnung „Guernica-Gaza“ mit Bildern von Mohammad Al Hawajri mit Norman Paech, Arbeitskreis Palästina NRW e. V. mit Bahnhof Langendreer, Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 18 Uhr

SA ★ 7. SEPTEMBER

Duisburg: Sommerfest der DKP Duisburg mit Live-Musik, Lesung mit Günter Pohl, Grillen, Salat, Kuchen und Bücherflohmarkt, Falkenheim Duissern, Duissernstraße 98, 14 Uhr

SO ★ 8. SEPTEMBER

Bernau bei Berlin: Gedenken an die „Schutzhäftlinge“ des KZ Oranienburg, RotFuchs-Regionalgruppe Bernau, Denkmal für die Opfer des Faschismus, Bahnhofsvorplatz, 10.30 Uhr

Stralsund: Bildungsveranstaltung „Erfordernisse an die Analyse der faschistischen Gefahr in der heutigen Zeit“, DKP Stralsund, Sarnowstraße 31, 10 bis 16 Uhr

Wittenberg: „Verwirrung um Faschismus und Antifaschismus“ mit Herbert Münchow, DKP Wittenberg, Haus des Handwerks, Collegienstraße 53 A, 10 Uhr

leserbriefe@unsere-zeit.de

Ein Dank

Zu den UZ-Friedenstagen in Berlin
Als 84-jähriger marxistisch-dialektisch, geopolitisch, kulturell interessierter Besucher möchte ich mich ganz herzlich bedanken für drei „tolle“ Tage im und um das ND-Gebäude. Schon lange hat mich kein (linkes) Pressefest so erfreut. Glückwunsch an alle am Einsatz Beteiligten für gelungene Konzeption, Organisation und inhaltlich spannende Beiträge. Beeindruckend die thematische Breite, die Verbindung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunftsüberlegungen, den Friedensherausforderungen, dem internationalen Blick, den Generationen, dem vielschichtigen linken Spektrum ... So breit wie irgendwie möglich, ohne Kernpunkte der politischen Auseinandersetzung zu verwässern.

Begeisternder Höhepunkt bezüglich Gegenstand und in emotionaler Hinsicht war für mich die Matinee „Wessen sollten wir uns rühmen, wenn nicht der DDR?“ Welcher Gedankenreichtum der Protagonisten, welche Stimmung, welcher Optimismus im Saal! Und das trotz der Aktualität von Heines „Denk ich an Deutschland in der Nacht ...“

Frank Roßner, per E-Mail

Fürnberg nicht vergessen!

Zu „Auf ein Glas mit Goethe“; UZ vom 23. August
Vielen Dank für diesen einfühlsamen Urlaubsbericht aus Weimar. Bei der Beschreibung des berühmten Parks an der Ilm fehlt etwas Wichtiges: das Denkmal für Louis Fürnberg am Eingang des Parks. Der Dichter und Kom-

ponist des „Liedes der Partei“ (1949) gesungen von Ernst Busch, stammt aus der Tschechoslowakei und starb 1957 in Weimar. 1961 wurde ihm zu Ehren das Denkmal aufgestellt. Die beiden Bildhauer Martin Reiner (Denkmal) und Franz Dospiel (Sockel) waren Landsleute aus der CSSR.

Rüdiger Deißler, Berlin

Zweierlei Gedenken

Zu „Sohn und Führer seiner Klasse“; UZ vom 16. August
Seit einigen Jahren erinnern und mahnen im Rahmen einer Freiluft-Ausstellung namens „Die Zeugen“ großflächige Fotoporträts überlebender ehemaliger Häftlinge an das Grauen des Konzentrationslagers Buchenwald; ein Projekt, das unter anderem von der Thüringer Staatskanzlei und der Buchenwald-Stiftung unterstützt wird. Dem Verbrechen an Ernst Thälmann, der das KZ nicht überlebte, sondern 1944 hier ermordet worden ist, widmet man von offizieller Seite hingegen wenig beziehungsweise fragwürdige Aufmerksamkeit. (...) Im November 2021 wurde dem Thälmann-Denkmal die zweifelhafte Ehre zuteil, im Zuge einer „Kunstaktion“ für ein Wochenende verhüllt zu werden, um „eine Debatte über den künftigen Umgang“ mit dem Denkmal anzustoßen. Schließlich sei Thälmann nicht nur Opfer des Nationalsozialismus, er habe „aktiv an der Zerstörung der Weimarer Republik mitgewirkt“. Dass die „politischen Hebammen eben dieser Republik von Weimar“ aber identisch sind mit den Geburtshelfern der Faschistenherrschaft – wie Friedrich Neuffer bereits 1933 vergleichend formulierte – und diese Republik tatsächlich nur das Signum, nur die Hüllen einer parlamentarischen Demokratie trug, ist folglich eine Überlegung, die wachzurufen mit der Aktion zweifelsfrei nicht provoziert werden sollte. Man verhüllt lieber, was eigentlich aufzuzeigen wäre.

Die Ausstellung „Die Zeugen“ war 2019 konzipiert worden mit einer Vernissage am Weimarer Bahnhofsvorplatz und einer Finissage am Stéphane-Hessel-Platz – benannt nach dem in Buchenwald internierten Résistance-Kämpfer, der 2010 in seinem seinerzeit viel erwähnten Traktat „Empört Euch“ den Gaza-Streifen „als ein Gefängnis unter freiem Himmel“ bezeichnete und in dem Zusammenhang von „Verbre-

chen gegen die Menschlichkeit“ sprach. Gebieten diese Äußerungen nicht, das Straßenschild mit seinem Namen einmal zu verhüllen? Einstweilen hat man sich (noch) nicht erdreistet.

Andreas Knorr, Wartburgkreis

Lest Dokumente!

Zu Leserbrief „Bitte Argumente liefern“ und „Analyse der AfD ist nötig“; UZ vom 16. August

Die Leserbrief-Schreiber, die Ulrich Sanders AfD-Kritik nicht akzeptieren, möchte ich daran erinnern, dass in der Geschichte des deutschen Faschismus immer mehrere Richtungen miteinander gestritten haben und es sehr unterschiedliche Versuche gegeben hat, die Interessen jeweiliger Monopol-Gruppierungen zum Ziel kommen zu lassen. Eine der am weitesten reichenden Lagerdifferenzen entfaltete sich um die Frage, wer für „die Deutschen“ die größere Gefahr sei: der „Westen“ oder der „Osten“. Zu den entschiedensten Antifaschisten gehörte, um den in der BRD endlose Feuilletonschlachten ausgetragen wurden: der kann doch kein Nazi, kein Faschist gewesen sein! Wenn jetzt Thomas Ewald es für „erklärungsbedürftig“ hält, dass eine für faschistisch gehaltene AfD „Frieden mit Russland“ propagiert, wo doch jeder weiß, dass der „historische Faschismus“ die Russen bekämpft hat, kann man nur empfehlen: Beschäftigt euch mit der Geschichte und lest Dokumente. Es wird euch nicht langweilig werden. Zur Anregung nur zwei irritierende Sachverhalte.

Anfang November 1934 feierte Kriegsminister von Blomberg mit sowjetischen Offizieren den Jahrestag der Oktober-Revolution und brachte einen Trinkspruch aus: „Ich leere mein Glas auf das Wohl und die Zukunft der großen und ruhmreichen Sowjet-Armee und auf treue Waffenbrüderschaft heute und in Zukunft.“

Im November 1940 versuchten Hitler und Ribbentrop in der Reichskanzlei den sowjetischen Außenminister Molotow dazu zu überreden, gemeinsame Sache gegen den britischen Imperialismus zu machen. Zum Empfang der Regierungsdelegation wurde auf dem Berliner Bahnhof die sowjetische Nationalhymne gespielt – das war damals die „Internationale“.

Wolf-Dieter Gudopp-von Behm

unsere zeit

„Als Landessprecherin der VVN-BdA NRW helfen mir bei der Informationsbeschaffung die normalen Printmedien nicht weiter. Hier ist mir der mediale Mainstream zu oberflächlich, unkritisch und grenzt fast an Hofberichterstattung. Die UZ hebt sich mit wenigen anderen Zeitungen davon wohltuend ab. Unangepasst wird kritisch über das politische Geschehen bei uns und in der gesamten Welt berichtet. Hintergrundinformationen zu den geopolitischen und wirtschaftlichen Veränderungen der Kräfteverhältnisse helfen mir unter anderem, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten politisch einzuordnen.“

Berichterstattungen über Grundrechtseinschränkungen durch Gesetzesänderungen oder durch Gerichtsurteile zeigen mir, wohin sich unsere Republik entwickelt. Über das Verbot am 8. Mai 2024, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, die russische Fahne und andere russische Symbole in Berlin zu zeigen, konnte ich in den meisten Zeitungen kaum etwas lesen. Diese Geschichtvergessenheit und deren politische Einordnung war im Gegensatz zur UZ den meisten Printmedien keine oder nur wenige Zeilen wert.“

Silvia Rölle ist eine der Landessprecherinnen und Landessprecher der VVN-BdA NRW

Jetzt 6 Wochen gratis probelesen: abo.unsere-zeit.de



Sagen, was ist!

Impressum: UZ – unsere zeit | Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP | Erscheint wöchentlich
Herausgeber: Parteivorstand der DKP

Redaktion: Tel.: 0201 177889-90 | E-Mail: redaktion@unsere-zeit.de
Wera Richter – Chefredakteurin, ViSdP (wr@unsere-zeit.de)
Björn Blach (bb@unsere-zeit.de) | Vincent Czesla (vc@unsere-zeit.de)
Melina Deymann (md@unsere-zeit.de) | Lars Mörking (lm@unsere-zeit.de)
Valentin Zill (vz@unsere-zeit.de)
Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Anschrift Redaktion und Verlag:
CommPress Verlag GmbH | Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Druck: Union Druckerei Berlin GmbH | ISSN 0943-4216

Geschäftsführer:
August Ballin (vertrieb@unsere-zeit.de, Tel.: 0911 8019991)
Klaus Leger (verlag@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-16)

Abonnement: abo.unsere-zeit.de
Carol Schröder (abo@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-15)

Anzeigen: unsere-zeit.de/anzeigen
Tabea Becker (anzeigen@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-20)
Ben Richter (br@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-54)
Anzeigenschluss: Jeweils am Montag, 12.00 Uhr

UZ-Shop und UZ-Antiquariat: shop.unsere-zeit.de
Daniel Grüger (shop@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-25)
Tobias Niemann (tn@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-24)

Bankverbindung CommPress Verlag GmbH:
Postbank Köln | BIC: PBNKDEFF | IBAN: DE34 3701 0050 0417 0995 07

Internet: www.unsere-zeit.de | facebook.com/UnsereZeit_UZ
twitter.com/UnsereZeit_UZ | @unserezeit@mastodon.social

Spenden für die UZ an: DKP-Parteivorstand (nicht für Anzeigen-/Abo-Rechnungen)
GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS | IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01
dkp.de/spenden

Schön is' anders

Von Fliegen und Vornamen

Urlaub I. Im Osten war ich gewesen, in Brandenburg im Löwenberger Land. Der Name ist ein wenig gestrunzt, Löwen hat's da nämlich gar nicht. Dafür Hirsche und Igel und Dachse und son' Kram. Aber Dachsberger Land? Schön is' anders.

Logik I. „Angriff auf Israel!“ brüllt die BILD und schreibt weiter: „Präventivschlag! Israel erweilt Mega-Angriff in letzter Sekunde!“ Ja, warte mal ... Präventiv bedeutet ja vorbeugend ... Also hat überhaupt nicht der Libanon Israel angegriffen, sondern zuerst Israel den Libanon. Muss man halt einfach nur umgedreht schreiben und möglichst große Buchstaben benutzen, schon wird's die Wahrheit.

Urlaub II. Das Löwenberger Land ist tatsächlich ziemlich hübsch, mit endlosen Sonnenblumenfeldern, guter Luft und circa 1000 Seen. Interessierte mich natürlich Null, schließlich war zu einer viertägigen Party eingeladen, mit einem Reggae-DJ-Team aus Berlin und Freibier. Man muss Prioritäten setzen können. Ganz wichtig.

Jugendwort (des Jahres). „Talahon“ kommt vom arabischen Ausdruck „taeal huna“. Es beschreibt einen bestimmten Typ von jungen Männern, oft mit Migrationshintergrund, die durch ihre Kleidung und ihr Verhalten auffallen.“ Oder anders gesagt: Verbaler Rassismus als Jugendwort des Jahres. „Willkommen“ in Deutschland.

Urlaub III. Ist so eine Sause mit 80 Gästen mal durchgesaut, spricht nichts gegen eine Schwerpunktumkehr. So schwangen wir uns aufs Rad und fuhren zum Schloss Merseberg. Nicht dass ich erreichbar wäre für Prunk und Protz: Der Huwenowsee direkt am Schloss war unser Ziel. Ein Name, den man aber nur richtig aussprechen kann, wenn man vom Radfahren noch ein halbes Dutzend Fliegen im Mund hat. Schön is' anders.

Logik 2. „Das BKA gibt auf MDR-Aktuell-Anfrage 115 Todesopfer durch rechtsextreme Gewalt von 1990 bis 2023 an. Die Amadeu-Antonio-Stiftung, die seit Jahren um die Anerkennung von Opfern rechter Gewalt kämpft, geht von mindestens 219 Todesopfern und einer sehr hohen Dunkelziffer aus.“ (mdr.de) Ja, wie kann denn das sein? „Die Zahlen des BKA basieren auf polizeilichen Einstufungen. Und da hängt es natürlich schon von einer Sensibilität von Po-



lizistinnen und Polizisten vor Ort ab, ob sie die richtigen Symbole erkennen, die richtige Sprache erkennen.“ (Dirk Baier, Kriminologe) Sensibilität von Polizistinnen und Polizisten: Findet den Fehler.

Urlaub IV. Während ich so meine schmerzenden Glieder im See treiben ließ, betrachtete ich die barocke Festung. Das „Gästehaus der Bundesregierung“. Alleine das Erdgeschoss, so hatte ich gelesen, umfasst zwölf Repräsentationsräume. Dazu stehen bei „Besuchen von Staats- und Regierungschefs den Gästen zwei Delegationsgebäude mit jeweils zwölf Appartements zur Verfügung.“ Für Leute wie Selenski z. B. Ganz ehrlich: Schön is' anders.

Waffen. In Solingen ersticht ein Syrer drei Menschen und verletzt acht schwer. Das ist schlicht Mord und durch gar nichts zu rechtfertigen. Dass nun vor allem „Asylbewerber“ oder „Ausländer“ zustecken, ist dagegen Mumpitz. 2019 fragte die AfD im Saarland nach den Vornamen der Messertäter. Sicherlich im Sinne von „Ahmad“ oder „Ali“. Die genaue Auswertung nach Häufigkeit: „Michael (24 Fälle), Daniel (22 Fälle), Andreas (20 Fälle), Sascha (15 Fälle), Thomas (14 Fälle), Christian (13 Fälle), Kevin (13 Fälle), Manuel (13 Fälle), Patrick (13 Fälle), David (12 Fälle), Jens (12 Fälle), Justin (11 Fälle) und Sven (11 Fälle).“ (Welt.de) Quod erat demonstrandum, wie der gemeine Lateiner sagen würde.

Vorschau. Und in der nächsten Kolumne lesen Sie: Friedenstage in Berlin – warum wird Karl brutal umgefahren? / Hund, Katze, Zwergesel – Rehnagel-Ultras privat. / „Haben Sie auch Socken?“ – Die schönsten Fragen am UZ-Shop. Und mehr! Also zusammengefasst: Schön ist ... Karl Rehnagel

Vielen herzlichen Dank!

An die Helferinnen und Helfer bei den UZ-Friedenstagen

Während ich auf dem Weg bin, das letzte Mal an diesen Friedenstagen die Bühne auf dem Franz-Mehring-Platz zu betreten, um mich bei den Helferinnen und Helfern zu bedanken, fängt mich der Redaktionskollege Björn ab: „Wenn du 'ne Zahl sagen willst, wir haben jetzt eine.“ Und dann steh ich da, vor einem immer noch gerammelt vollen Platz, und darf mit fettem Grinsen im Gesicht und Tränen in den Augen verkünden, dass mehr als 3.500 Menschen die UZ-Friedenstage in Berlin besucht haben.

Schon am Freitag habe ich mir die Augen gerieben, als ich die Bilder aus den übervollen Räumen gesehen habe, die in unserer Redaktionsgruppe rumgeschickt wurden. Und hab dann mal schnell selbst eins geschickt vom Vorplatz, damit die Genossinnen und Genossen nicht denken, ich bin hier ganz allein.

Möglich waren diese Friedenstage, die selbstgemacht sind und ohne Eintritt auskommen, nur dank euch: Den Helferinnen und Helfern, die bei Auf- und Abbau, in der Kü-



Glückliche Gesichter bei der Tontechnik ...



... und konzentrierte bei der Sicherheit.



In der Küche wurde geschneppelt, was das Zeug hält.

che, im kubanischen Garten, an den Getränkeständen und im Café K einen unermüdbaren Einsatz gezeigt haben. Ohne euch könnten wir, die UZ, könnte die DKP keine Feste durchführen. Vielen herzlichen Dank!

Unermüdblich waren die Helferinnen und Helfer in allen Bereichen, dabei haben sie mitgedacht und waren solidarisch. So rannte zum Beispiel der Gesamtverantwortliche für Getränke über den Platz (bei weit über 30 Grad) und vergaß nicht, im Zweistundentakt im Backstagenbereich vorbeizuschauen, ob die Künstler noch was brauchen. In der Küche, die die Speisen fürs Café K vorbereitet hat, war die Stimmung gut, dort konnte man im Notfall ein paar Kekse klauen, und am Imbissstand draußen wurden auch bei 34 Grad noch Pommes frittiert. Mit Verbesserungsvorschlägen wurde (zu Recht!) nicht gezeigt. Da ruft mir jemand gegen Ende am Sonntag hinterher: „Melina, die Kritik geht auch an dich – mit den Schüsseln kann man nicht arbeiten.“ Die Helferin hinter

der Theke des Café K ist 12, mit ihr helfen dort noch ihre jüngere Schwester und Cousine aus. Ist notiert, liebe Sophia, machen wir besser!

Die Genossen in der Agitation haben ihren Job so ernst genommen, dass es zu lustigen Szenen kam. Am Samstag Abend konnten der Kollege Vincent aus der Innenpolitik und ich uns jemandem vorstellen, der gefragt hat, ob wir nicht mal die UZ kennen lernen wollen. Das Gelächter war groß, der Genosse hat gerade in Berlin einen Aufnahmeantrag in die DKP gestellt. Wir freuen uns auf dich! Was die Probe-Abos angeht, so haben wir Zahl von 1.000 am Wochenende geknackt. Planübererfüllung, vielen Dank!

Über einen anderen Bereich verlieren wir nicht so viele Worte, nur so viel: Wir haben uns auf diesen Friedenstagen sehr sicher gefühlt, vielen Dank!

Ein Dank auch an die Genossinnen und Genossen Ärzte und die aus dem medizinischen Bereich, die in ihren „normalen“ Schichten in ständiger Rufbereitschaft waren, um auch für die gesundheitliche Sicherheit auf dem Platz zu sorgen. Eure Einsätze hielten sich zum Glück in Grenzen!

Beim Abbau kommt mir dann ein gestresst aussehender Björn entgegen. Auf meine Frage, was los ist, kommt die erstaunliche Antwort: es sind zu viele Helfer geblieben, Schichten müssen anders geplant werden. Kurz darauf fragt ein besorgter Genosse, er sei eingeteilt von 19 bis 23 Uhr für den Abbau auf dem Platz, wo er denn noch hin solle, hier sei ja schon alles erledigt.

Einmal kommt dann noch der Genosse Arzt aus Berlin zum Einsatz, aber dann geht der Abbau auch in die Abbauparty über. Da soll es lang gegangen sein.

Wir haben am späten Nachmittag noch ein Wegbier im schicken Palästina-Becher und machen uns vom Acker. Kurz danach stehen wir auf dem Tempelhofer Feld vor der Kulisse des alten Flughafens und sehen die anderen Ärzte aus Berlin. Und fragen uns, ob das nicht auch mal ein schöner Platz wäre für ein Fest der DKP.

Melina Deymann

PS: Liebe Gäste, liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt Dinge bei uns vergessen! Wir haben sie nicht am Franz-Mehring-Platz liegen lassen, sondern mitgenommen. Wer etwas vermisst, kann sich bei pv@dkp.de melden.



Huwenowsee – Unaussprechlich, schön

Ihre Kriege: Ohne uns. Künstlerinnen und Künstler bei den UZ-Friedenstagen 2024.

Musikandes: „Y se abrirán las grandes alamedas“

Im Estadio Chile – Ven ...ceremos! – Victor wollte nicht fliehen – Das vereinte Volk – Die letzten Worte ... u. w. Audio-CD, 48 Minuten. 19,00 Euro

Rotdorn: „Wenn wieder mal“

St. Patrick's Battalion, Likedeelerlied, Joe Hill, Le Déserteur, Schatten in der Nacht, Ihr Fünf seid bei uns, Sag mir wo du stehst, Mach' mit. u. w. Audio CD, 14 Songs, 12,00 €

Hartmut König: „Sag mir, wo du stehst“

Songs der DDR-Singebewegung und neue. Chile tanzt, Wie starb Benno Oh-

nesorg?, Denn sie lehren die Kinder, Warten wir die Zukunft ab u. w. Audio CD, Eulenspiegel. 15,99 Euro

Weber-Herzog-Musiktheater:

„Nazim Hikmet – Brüderlich wie ein Wald“ Lyrik in kraftvoller, einfacher Sprache von einem Dichter, dessen Gedichte von radikaler Aktualität sind. Audio-CD, 20 Lieder. 19,00 Euro

Calum Baird: „Selected Works“

Politisch, persönlich, engagiert. Schottische Folk-Musik aus der Tiefe der Arbeiterklasse für eine freie sozialistische Zukunft. Audio-CD, Read Head Musik. 10,00 Euro

Tobi Thiele: „Es brennt“

Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt. Vielseitige Balladen zwischen Pop, Ska und latein-amerikanischer Gitarrenmusik. Audio-CD, Read-Head-Musik. 15,00 Euro

Esther Bejarano & Microphone Mafia:

„Ama La Vita“ „Per La Vita“ & „La Vita Continua“, erweitert um vier weitere Songs, als Box. Audio CD-Box, 28 Lieder. 17,50 Euro

BettyRossa: „Nua ned ducken – ollas gebn!“

Lieder von Sigi Maron. Vor langer Zeit geschrieben, hochaktuell – das spricht für die Lieder, aber gegen die Zeit, in der dieses System verharrt. Audio-CD. 7,00 Euro

Eisbrenner: „Brecht“

Eisbrenners liebste Brecht-Gedichte und -Lieder: Lied von der Moldau, Gegen Verführung, u. w., Audio-CD. 19 wundervolle Stücke. 15,00 Euro

Gina Pietsch / Hannes Zerbe:

„Was träumt der Teufel?“ Lieder & Texte von Peter Hacks Audio-CD, Eulenspiegel, 75 Minuten. 12,90 Euro

Achim Bigus: „Jalava“

Lieder der internationalen Arbeiterbewegung. Mit Bella Ciao, Los Campesinos, Streiklied, Einheitsfrontlied, Joe Hill u. w. UZ, Audio CD. 15,00 Euro

Floh de Cologne: „Mumien“

Mit der Kantate „Mumien“ reagierte die Band 1974 auf den Putsch in Chile 1973. Audio-CD + DVD, 2024 / 1974. 15,00 Euro

Weitere Alben und Bücher unserer Künstlerinnen und Autorinnen unter: #UZ-Friedenstage-2024 |



uzshop.de